Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Telephon 6795, [illegible] 6797. Telegra[illegible]a-Adresse: [illegible]aldemo[illegible]at, [illegible]g II., [illegible]avlicko [illegible] 32. Postsche[illegible] 5. 44.

Inserate werden [illegible]aut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralor[illegible] Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei [illegible] der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . Kč 16.—
vierteljährlich „ 48.—
halbjährig . „ 96.—
ganzjährig . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang. Mittwoch, 7. März 1923. Nr. 54.

Protesterklärung gegen das Schutzgesetz

Keine Teilnahme der Opposition an den Beratungen.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab Abg. Gen. Dr. Czech namens der deutschen und ungarischen Sozialdemokraten folgende Erklärung ab:

Der Verfassungsausschuß hat sein Werk vollbracht. Die Koalitionsparteien haben es besiegelt, das Plenum wird ihm den Schlußpunkt geben. Und in der Stunde, in der dies geschehen sein wird, ist die Demokratie in diesem Lande tödlich getroffen, ist der **letzte Rest von politischer Freiheit auf diesem Boden ausgelöscht, die schonungslose Abschlachtung des politischen Gegners zum Staatsprinzipe erhoben.**

Ein Schrei gerechten Zornes geht durch die Reihen aller freiheitlich denkenden Menschen, ein Sturm tiefster Entrüstung und Empörung durchzittert die Massen des Proletariats und nur jener Teil der tschechischen Arbeiterschaft, der sich den Konvulsionen des Nationalismus noch immer nicht zu entwinden vermochte, steht in völliger Verkennung der drohenden Gefahren und in völliger Vereinsamung den kommenden Ereignissen teilnahmslos gegenüber.

Demgegenüber steht aber das ganze deutsche Proletariat dieses Staates die weitere Entwicklung klar vor sich und ist einig in seinem Entschlusse: **dieser Vorlage den dauernden Krieg anzusagen.** Mag sie auch Gesetz werden, mag uns ihre drakonische Härte in unserem fernerem Kämpfen noch so unbarmherzig treffen, **unser Kampf gegen das Schutzgesetz geht weiter und dauert solange fort, bis unser politisches Leben von diesem Schandfleck gereinigt** und die Entehrung, die uns widerfahren ist, beseitigt sein wird. Das ist unser fester Vorsatz, für den wir alle mit unserer Ehre einstehen, für den uns kein Einsatz zu hoch, kein Opfer — auch nicht das schwerste, zu groß ist.

Die Koalitionsparteien versuchen, der Vorlage den denkbar harmlosesten Sinn zu geben. Sie stellen die Sache so dar, als ginge es um nichts anderes, als um die Sicherung der republikanischen Staatseinrichtungen und die Festigung der demokratischen Verfassungsgrundlagen. In Wirklichkeit aber unterwühlen sie selbst den Boden, auf dem sie stehen, rütteln selbst an den Grundsäulen des Verfassungslebens und bringen sie völlig ins Wanken. Wie armselig war es schon bisher um die Demokratie dieses Staates bestellt, die zwischen Staatsbürgern erster und zweiter Klasse unterschied, jenen das volle Maß staatsbürgerlicher Rechte und Freiheiten gab, diese dagegen nur auf karge Ration setzte; die von allen Freiheitsverheißungen nur einen Bruchteil verwirklichte und an diesem Bruchteile nur die Hälfte der Bevölkerung teilnehmen ließ; die das altösterreichische absolutistische Inventar nicht nur nicht über Bord warf, sondern es im Gegenteil gierig in das Verfassungsgefüge einverleibte und sich so gegen den Geist der nationalen Revolution aufs Schwerste versündigte, welche mit den Traditionen des alten Oesterreich völlig zu brechen versprach. Wie kläglich ist die Verwirklichung all' der Verheißungen ausgefallen, mit denen man im revolutionären Freudenrausche das tschechische Volk umgaukelte. Wo blieb die Einlösung der vom Präsidenten Masaryk, von den Ministern Benesch und Stefanik in der Deklaration vom 18. Oktober 1918 rechtsverbindlich abgegebenen Garantieerklärungen auf Sicherung der vollständigen Freiheit des Gewissens, des Wortes und der Presse! Wo blieb die Anerkennung der in dieser Deklaration für die Verfassung dieses Staates übernommenen Grundsätze Lincolns über Menschen- und Bürgerrechte? Wo die Durchführung der in der feierlichen Einleitung zur Verfassungsurkunde angekündigten Freiheitssegnungen? **Die alten reaktionären Gesetze blieben uns erhalten.** Nach wie vor steht jedes unserer Worte unter der **Kontrolle des Staatsanwaltes, des Polizisten und Gendarmen.** Nichts hat sich geändert. Es hat nur das alte Gesetz seinen Herrn gewechselt!

Und doch, mag es bisher auch noch so arg gewesen sein, an dem gemessen, was uns die neue Vorlage beschert, ist alles bisherige nur ein Kinderspiel. Denn was jetzt kommt, das ist das gerade Gegenteil der vielen so herzlichen Verheißungen, das ist die völlige Umkehrung der Begriffe von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, das ist die Statuierung des Prinzips der Rechtsungleichheit für die Bürger dieses Staates, das ist die zynische Ablehnung jener Demokratie, die die Schöpfer dieser Republik in ihrer Geburtsstunde zum Fundamentalartikel der Verfassung zu machen versprachen, **das ist die Beleidigung jener Ideale, für welche, wie die Deklaration sagt, in den Hussitenkriegen Blut geflossen ist,** für die aber die Epigonen der alten Hussitenkämpfer heute nichts mehr übrig haben.

Und so stehen wir denn vor einem Wendepunkte in der Geschichte dieses Landes. Er wird durch diese Vorlage inauguriert, die uns den Beginn einer Schreckensherrschaft bringt, die sich gegen das Proletariat und die nationalen Minderheiten dieses Staates aufgerichtet hat und sich anschickt, das ganze politische Leben dieses Landes, die wirtschaftlichen und politischen Betätigungen seiner Staatsbürger unter Polizeiaufsicht und Staatskontrolle zu stellen.

Einer solchen Vorlage gegenüber ist jeder parlamentarische Widerstand gestattet und selbst der schärfste verstößt nicht im Entferntesten gegen das Prinzip der Demokratie, denn was hier geschieht, hat mit dem Wesensbegriffe der Demokratie absolut nichts gemein. Im Gegenteile, die Demokratie wird hier aufs Schwerste kompromittiert, mißbraucht und mit Füßen getreten.

Allerdings, wir wissen es. Die Minderheit dieses Parlaments ist durch Verfassung und Geschäftsordnung jeder parlamentarischen Kampfmittel beraubt. Sie steht entwaffnet und wehrlos einer mit dem raffiniertesten parlamentarischen Rüstzeuge ausgestatteten Mehrheit gegenüber, die, wie sie es bereits wiederholt bewiesen und auch für diese Vorlage offen angekündigt hat, jeden Versuch eines Widerstandes durch Aufgebot ihrer ganzen Macht, durch Mobilmachung ihres ganzen Waffenarsenales zu brechen entschlossen ist.

Was könnte also durch einen auch noch so leidenschaftlichen und noch so beherzten Widerstand erreicht werden?

Wieder wurde dieser Saal zum Schauplatze wüstester Szenen, wieder einmal wurde er durch Polizeiaufgebot und Brachialgewalt geschändet, nochmehr wurden die Leidenschaften aufgepeitscht, die gegenseitigen Feindseligkeiten gesteigert, die Kluft zwischen den Völkern dieses unglücklichen Landes erweitert, die Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft verschärft und vertieft. Die Vorlage wird aber doch Gesetz werden.

Dieser Gestaltung der Dinge gegenüber gibt es nur eine einzige Möglichkeit: **Jeden Disput mit der nackten Gewalt abzulehnen und die ganze Schande dieses Gesetzes auf das Haupt der Mehrheit zu laden.** Diesen Weg wollen wir betreten. Durch Ablehnung jedes Buchstabens dieses Gesetzes, seines Geistes, seines Inhaltes und seiner Methode, aber auch schon des bloßen Hauches, der die politische Atmosphäre vergiftet, wollen wir seine Schöpfer vor der ganzen zivilisierten Welt brandmarken, sie durch Zurückweisung jeglicher Mitarbeit und durch unsere Absentierung in diesem Hause völlig isolieren und sie zwingen, daß sie **dieses Schandgesetz zu den anderen Revolutionsgesetzen legen, die für immerwährende Zeiten mit dem Makel des Diktates und der Kontumazierung der nach Millionen zählenden Minderheitsvölker dieses Staates behaftet sind.**

Durch diese unsere Stellungnahme wollen wir aber auch gleichzeitig den Weg freimachen für die schleunigste Lösung der brennendsten wirtschaftlichen Probleme, die infolge des mutwillig provozierten Kampfes um die Schutzvorlage für viele Monate in den Hintergrund gedrängt wurden, infolge der erschütternden Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung aber keinen Augenblick länger zurückgestellt werden können. **Um wie vieles wären wir heute schon wirtschaftlich weitergekommen, wenn die Regierung und die Koalitionsparteien jenen Aufwand an Zeit und Energie, dem sie an dieses nutzlose Werk vergeuden, der Erledigung der dringlichsten wirtschaftlichen Vorlagen und Maßnahmen gewidmet hätten.** Als wir seinerzeit aus einer, durch die widerlichsten nationalistischen Kämpfe vergifteten Atmosphäre heraus unseren Ausgleichsantrag einbrachten, um den Weg freizulegen für die Verständigung der Völker in diesem Staate und damit für die ruhige und gedeihliche soziale Arbeit, da wurde uns von tschechisch-sozialdemokratischer Seite vorgehalten, daß die wirtschaftliche Lage des arbeitenden Volkes jede Ablenkung von der Lösung wirtschaftlicher Probleme verbiete. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse hundertfältig verschärft **und trotzdem werden jetzt Wochen und Monate aus unserer parlamentarischen Arbeit für die wirtschaftlichen Interessen des arbeitenden Volkes mutwillig gestrichen** und auf ein Werk vergeudet, das das Brandmal der Reaktion und Volksfeindlichkeit an der Stirne trägt.

Das ist nicht bloß unsere Meinung über das Gesetz, sondern auch die großer tschechischer bürgerlicher Kreise, die über den Verdacht „staatsfeindlicher" Gesinnung erhaben sind. Das ist die Auffassung hervorragender tschechischer Strafrechtslehrer, Juristen, Politiker und Journalisten der verschiedensten, auch der nationaldemokratischen Parteirichtung. In dieser Gesellschaft lassen wir uns ohne weiters, um mit den Worten eines tschechischen Ministers zu sprechen, zu „offenen Staatsfeinden" stempeln und halten es da lieber mit Eduard Gregr, der der österreichischen Reaktion, als sie mit Ausnahmsgesetzen aufmarschierte, in einer gleichtraurigen Stunde die Worte zurief, daß **durch Kriminal und Gendarmeriebajonette die Liebe zum Vaterlande nicht geweckt wird.**

Mit fieberhafter Spannung blickt die ganze Oeffentlichkeit der Entscheidung des Parlamentes entgegen, sie wird ein symbolischer Akt sein, eine Kraftprobe auf die Demokratie des tschechischen Volkes. Nach allen Anzeichen zu schließen, wird es diese Probe nicht bestehen.

Doch mag die Entscheidung wie immer ausfallen. Wir sehen den kommenden Dingen kaltblütig entgegen. Kommt eine Zeit neuer Verfolgungen, komt die Wiederholung der barbarischen Ausnahmsjustiz der Holzinger und Roztočil, wir werden auch diese traurige Zeit glücklich überwinden. **An unserer Gesetzlichkeit wird, wie einst Bebel Bismarck zurief, das System der Gewalt, auch dieses neue Attentat auf unsere Freiheit und unsere Arbeiterbewegung zerschellen.** In Deutschland und in Oesterreich in den 70er- und 80er Jahren waren die politischen Verfolgungen die Wiege der Arbeiterbewegung, der Quell für ihre Wiederbelebung und Erstarkung. Auch die kommende harte Zeit wird für das Proletariat dieses Landes ein Born sein, aus dem es neue Kräfte für den Kampf um den Sozialismus schöpfen wird.

Das rufen wir der Mehrheit dieses Hauses zu. Das sagen wir aber vor allem den tschechischen Sozialdemokraten und wir erinnern sie da an ein Wort Lassalles. In seinem offenen Sendschreiben vom 7. Februar 1863 setzt sich Lassalle mit der demokratischen Fortschrittspartei Preußens auseinander und verhöhnt sie, daß sie wohl die Demokratie im Munde führe, in Wirklichkeit aber das Recht stets preisgegeben habe, um ein Stück Macht in diesem Handel zu erlangen. Dieser Demokratie stellt er die alte und wahre Demokratie entgegen, die stets am Rechte festgehalten und sich zu keinem Kompromisse mit der Macht erniedrigt hat. Er ruft den Demokraten zu, daß sie, indem sie das Recht aufgeben, naturgemäß von der Macht, die sie für dasselbe eintauschen wollten, nichts anderes bekommen als wohlverdiente Fußtritte. Und er meint dann, indem er das Verhältnis zwischen Macht und Recht eingehend erörtert, daß **heute wohl die Macht vor dem Rechte gehe, aber nur solange, bis das Recht auch seinerseits hinreichende Macht hinter sich gesammelt hat, um die Macht des Unrechtes zu zerschmettern.**

Wohlan denn! Vollenden Sie getrost Ihr schmähliches Machtwerk! Es wird schließlich doch an dem guten Rechte, auf das die Sache des Proletariates gestellt ist und das von ihm bis zum letzten Atemzuge verteidigt werden wird, erbarmungslos zerschellen!

Ein Tag der Schmach.

Der gestrige Tag war im wahrsten Sinne des Wortes ein Tag der unerhörtesten Schmach für das Parlament und für die Regierungsparteien. Selbst in diesem, an schmachvollen Gedenktagen reichen Parlament war der Verlauf der gestrigen Sitzung beschämend und entwürdigend. Es begann gestern die Verhandlung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Schmach und Schande bedeutete schon der Gegenstand der Verhandlung, Schmach und Schande war auch der Verlauf dieser Beratungen, deren äußere Form sich dem Gegenstand der Verhandlung würdig anpaßt. Was sich gestern zutrug, wird unauslöschlich bleiben, nicht nur in der Geschichte dieses Parlamentes, dessen Mehrheit vor keinem Mittel der brutalsten Gewalt zurückschreckt, es wird auch unvergessen bleiben in der Geschichte des Staates selbst, der ein Staat der Demokratie und Freiheit sein sollte, und dessen Machthaber ihn nun in den Sumpf der Reaktion, der politischen Unfreiheit, der Intoleranz hineinführen. Alle Mahnungen und Warnungen waren vergebens: die Mehrheit besteht auf der Gesetzwerdung des Schandentwurfes, der bestimmt ist, nicht die Republik zu schützen, denn die republikanische Staatsform ist höchstens bedroht von einigen der Koalitionsparteien selbst, sondern die Verlegenheiten, in welche die Regierung dieses Staates geraten ist, durch Polizei und Gendarmerie, durch Kerker und Unterdrückung zu beseitigen.

Es war ein Tag der Schmach für das Parlament, dessen Boden wieder einmal, wie schon wiederholt früher, besudelt wurde durch die Verletzung der Immunität der Abgeordneten, durch die Ausübung der Gewalt, durch das Eingreifen der Polizei, durch das gewaltsame Hinausschleppen von Abgeordneten aus dem Saale. Schon das äußerliche Bild, das die Räume des Hauses boten, hätte allen Patrioten die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Vor den Eingangstüren zum Parlamentssaale stand in dichten Reihen die Parlamentswache, auf den Augenblick harrend, da ihnen der tschechische sozialdemokratische Präsident des Hauses den Wink zum Eingreifen geben werde. Und in verschiedenen Räumen des Hauses waren starke Abteilungen uniformierter Wachmannschaften bereit, jeden Ausbruch des Volksunwillens von außen her mit den zum Symbol der tschechoslowakischen Demokratie erhobenen Pendreks zu besänftigen. Als es gleich zu Beginn der Sitzung zu stürmischen Szenen kam, ließ denn auch der wackere Präsident nicht lange auf das Zeichen zum Eingreifen der Polizei warten. Ein Abgeordneter um den anderen wurde mit Brachialgewalt aus den Bänken gerissen und buchstäblich hinausgeschleift. Ein Schauspiel, aufwühlend, empörend und schmerzlich zugleich.

Auch die Koalitionsparteien hat der gestrige Tag mit schwerster Schmach beladen. Was sie gestern ins Werk setzten, das war der Ausdruck der Tatsache, daß sie am Ende ihres Lateins angelangt sind und daß sie kein anderes Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft mehr zu finden vermögen, als die Etablierung der nackten Gewalt. Das Schutzgesetz soll der Rettungsanker sein, der sie vor der Flut des steigenden Volksunwillens noch für eine Zeitlang retten soll. Wie töricht, zu glauben, daß Gewaltmittel geeignet sind, die politische und soziale Entwicklung aufzuhalten! Sie, deren Beteuerungen stets dahin gingen, daß der tschechoslowakische Staat entösterreichert werden müsse, vermögen ihr einziges Heil heute nurmehr darin zu erblicken, daß sie aus der Rüstkammer des dunkelsten österreichischen Vormärz die Requisiten der Polizeischikanen und -Bedrückungen hervorholen.

Am schmachvollsten war der gestrige Tag aber für die tschechischen Sozialdemokraten, welche am Zustandekommen dieses Gesetzes die Hauptschuld trifft, denn ohne sie hätte es die Reaktion niemals wagen können, auch nur den Gedanken eines solchen Unterdrückungsgesetzes zu hegen. Der Glaube derjenigen, welche hofften, es werde doch möglich sein, diese Partei, die einstmals mutig und ehrenvoll an der Seite der übrigen Arbeiterparteien den Kampf für die Arbeiterschaft führte, noch im letzten Augenblick zur Einkehr zu bewegen, wurde schmerzlich enttäuscht. Gestern hat der von ihnen designierte Präsident des Abgeordnetenhauses das Arrangement der gewaltsamen Durchpeitschung der Vorlage mit einer Umsicht und Skrupellosigkeit besorgt, welche den Neid des alten Freiherrn von Chlumetzky der einst der reaktionärste der Präsidenten des österreichischen Reichsrates war, erweckt hätte. Und sie, die Komparserie, klatschte bei jedem neuerlichen gewaltsamen Vorgehen gegen die Opposition begeistert Beifall. Als Herr Malypetr, der Minister des Innern, seine öligen und widrigen Redensarten über Demokratie — wem dreht sich dabei nicht der Magen um!

— vorrug und eben das Schutzgesetz als den Hort der Republik und der Demokratie pries, da applaudierten die tschechischen Sozialdemokraten wie besessen. Und jedesmal, so oft ein Abgeordneter von der Parlamentswache aus dem Saale getragen wurde, waren sie es, von deren höhnisch lächelnden Gesichtern man die Zufriedenheit darüber ablesen konnte. Sie sind wahrhaftig heute die sicherste Schutztruppe der kapitalistischen Reaktion im tschechoslowakischen Staate geworden. Von den Grundsätzen des Sozialismus — von der Demokratie gar nicht zu reden — mußten sie immer mehr und mehr abweichen, je hartnäckiger sie ihre Koalitionspolitik betrieben, die sie immer mehr von der Gemeinschaft mit der tschechischen Arbeiterschaft loslöste. Es ist bei ihnen, wie ein Redner in der Debatte treffend bemerkte: je weniger Wähler, desto mehr Vendreks. Die einzige Hoffnung dieser sich noch immer sozialistisch nennenden Partei ist die Hoffnung auf die Unterdrückung und womöglich Ausmerzung aller ihnen unbequemen Konkurrenzparteien.

Die deutschen Sozialdemokraten und mit ihnen sowohl die deutschbürgerlichen Parteien wie die slowakische Volkspartei, haben bei der Verhandlung des Schutzgesetzes die einzig mögliche Taktik gewählt, die für sie auch schon bei der Verhandlung im Verfassungsausschusse bestimmend war. Sie haben jede Auseinandersetzung über das Gesetz, die eine Auseinandersetzung mit der Gewalt bedeutet hätte, abgelehnt und haben nach Abgabe von Protesterklärungen den Beratungssaal verlassen. Von vornherein war es unzweifelhaft, daß es der Mehrheit mit Hilfe der Parlamentswache und Polizeigeschäftsordnung gelingen müsse, die Beute des Gesetzes in Sicherheit zu bringen. Durch den Abzug der Opposition wurden die Koalitionsparteien vor der ganzen Oeffentlichkeit isoliert. Es mußte gezeigt werden, daß das Gesetz lediglich ein Werk dieser Parteien ist und daß daher die volle Schwere der Verantwortung an seiner Beschlußfassung sie trifft. Was vom ersten Augenblick unzweifelhaft schien, wird in wenigen Tagen Tatsache geworden sein. Das Gesetz zum Schutze der Republik wird in Geltung treten. Aber mit dem Tage seines Inslebentretens wird der Kampf gegen das Schmachgesetz erst recht beginnen. Dieser Kampf mußte auf parlamentarischem Boden mit einem Siege seiner Vorfechter enden, die ernsthaft glauben, die Probleme dieses Staates endgültig durch die Aufrichtung der Polizeigewalt gelöst zu haben. Es wird anders kommen, als man es sich erhofft. Weder der Befreiungskampf der unterdrückten Nationen in diesem Staate, noch der Kampf der Arbeiterschaft um ihre soziale und politische Befreiung wird in diesem Gesetze auf die Dauer ein Hemmnis finden können.

Das Schutzgesetz im Abgeordnetenhause.

Erklärungen der oppositionellen Parteien. — Exodus. — Polizei im Parlament.

Wieder einmal gab es gestern im Abgeordnetenhause eine bewegte Sitzung. Die Kommunisten hatten entgegen ihrer in den Zeitungen und auch durch Schmeral in seiner auf der Sophieninsel gehaltenen Rede angekündigten Taktik diese geändert und die schärfste Obstruktion durchgeführt; vermutlich wollten sie hiedurch die anderen oppositionellen Parteien und die Mehrheit überraschen.

Selbstverständlich haben die Abgeordneten der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei an der im Verfassungsausschuß bei Beginn der Beratungen des Schutzgesetzes eingeschlagenen Taktik festgehalten: Sie verließen nach Abgabe einer Erklärung des Abgeordneten Genossen Dr. Czech, die die Leser an der Spitze des Blattes finden, den Sitzungssaal. Auch die übrigen oppositionellen Parteien verließen nach Abgabe von Erklärungen den Beratungssaal.

Bedauerliche und die Würde des Parlaments herabsetzende Szenen blieben dem Hause leider nicht erspart: Kommunistische Abgeordnete wurden von der Parlamentswache aus dem Saale geschleift. Der dicht besetzten Galerie, auf der übrigens zahlreiche Geheimpolizisten saßen, wie auch in den Kellergeschossen des Hauses Polizisten versteckt waren, wurde so ein Bild tschechoslowakischer Demokratie geboten.

Nach dem Auszug der Opposition tagte das Rumpfparlament weiter. Es besteht die Absicht, noch ein Uhr die Abstimmung vorzunehmen und das Schutzgesetz pünktlich als Geburtstagsgeschenk zu präsentieren.

Während der Sitzung verbreitete sich in den Couloirs das Gerücht, daß vier tschechische nationalsozialistische Abgeordnete (Dr. Bartošek, Dr. Vrbensky, Landa-Stych, Drapl) sich entschlossen haben, die Koalitionsdisziplin zu brechen und gegen das Gesetz zu stimmen. Tatsächlich haben die genannten vier Abgeordneten in den späten Nachtstunden noch 23 Abänderungsanträge gestellt, die auch die Unterschriften der Kommunisten tragen. Der morgen zusammentretende Vollzugsausschuß der Partei dürfte die genannten Abgeordneten ausschließen. Die Zahl der Abgeordneten der nationalsozialistischen Partei, die gegen das Gesetz stimmen wollten, betrug ursprünglich sieben — auch der Abgeordnete David befand sich darunter — aber unter der Ausschlußdrohung des Vollzugsausschusses fielen drei Abgeordnete von der Opposition in der Partei ab. Nach Mitternacht trat der Klub der tschechischen Nationalsozialisten zu einer Sitzung zusammen und schloß die vier oppositionellen Abgeordneten aus.

* * *

194. Sitzung. Präsident Tomašek eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten nachmittags. Die Bänke der deutschen Parteien und der slowakischen Volksparteiler sind leer, während die Koalitionsparteien und die Kommunisten vollzählig anwesend sind. Während der Verlesung der Zuschriften herrscht Ruhe, sobald aber Präsident Tomašek erklärt, daß in die Verhandlung des Schutzgesetzes eingegangen werde, ertönt von den Bänken der Kommunisten Lärm. „Hanba"- und „Pfui"-Rufe werden laut, die Abgeordneten hauen mit den Fäusten und Aktentaschen auf die Tische, einige benützen Pfeifen und Trompeten.

Präsident Tomašek läutet wiederholt und fordert Ruhe. Der Lärm hört nicht auf. Die Kommunisten rufen: „Schreibt Neuwahlen aus! Schande dem Persekutionsgesetz!" Ordnungsrufe erfolgen durch den Präsidenten, der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses Abg. Dr. Medvecky diktiert im größten Lärm, in dem seine Worte völlig untergehen, seinen Bericht den Stenographen. Präsident Tomašek schließt die Abgeordneten Taussik, Blažek, Mikuliček und Haken auf die Dauer von acht Sitzungen aus und fordert sie gleichzeitig auf, den Saal zu verlassen. Da diese der Aufforderung nicht Folge leisten, beauftragt der Präsident den Ordner Abg. Mašata mit eventueller Verwendung der Parlamentswache seine Entscheidung durchzusetzen und schließt zu diesem Zwecke die Sitzung um 2 Uhr 35 Minuten.

Während der Unterbrechung begeben sich die Ordner zu den ausgeschlossenen Abgeordneten und fordern sie auf, sich zu entfernen. Plötzlich erscheint auch die Parlamentswache im Saal und führt die Abg. Blažek und Haken hinaus. Die andern zwei ausgeschlossenen Abgeordneten Taussik und Mikuliček bleiben auf ihren Plätzen sitzen. Um 3 Uhr 15 Minuten eröffnet der Präsident Tomašek wiederum die Sitzung und teilt mit, daß sich die Abg. Koutny und Touzil den Ordnern widersetzt und dadurch dazu beigetragen haben, daß die Ausgeschlossenen auf ihren Plätzen verharrten. Nach dieser Erklärung entsteht wiederum auf den Bänken der Kommunisten großer Lärm. Die Abgeordneten schlagen auf die Pulte, es ertönt ein durchdringendes Pfeifen und auch der Klang einer Glocke. Präsident Tomašek fordert die Ordner auf, durch Einsetzung der Parlamentswache die Ausschließung der beiden letztgenannten Abgeordneten durchzusetzen und unterbricht um 3 Uhr 20 Minuten wiederum die Sitzung.

Die Parlamentswache schreitet ein und trägt alle ausgeschlossenen Abgeordneten aus dem Saal, worauf die Kommunisten den Saal verlassen.

Um 3 Uhr 25 Minuten eröffnet der Vorsitzende Tomašek die unterbrochene Sitzung. Er erklärt, daß er vor der Unterbrechung die Abgeordneten Taussik, Haken, Mikuliška und Blažek auf acht Sitzungen ausgeschlossen hat, weil sie die Verhandlungen störten und die Abg. Koutny und Touzil, weil sie sich der Durchführung der Entscheidung des Präsidenten widersetzten. Die Koalition genehmigt sodann die Ausschließung der genannten sechs Abgeordneten. Der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses Abg. Dr. Medbecky setzt sein Referat fort. Abg. Dr. Matoušek berichtet über das Gesetz betreffend den Staatsgerichtshof. Nach diesem ergreift das Wort zu einer

Regierungserklärung

der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Innenminister Malypetr. Er sagt, daß ein bloßer Blick in die anderen alten und neuen Staaten zur Erkenntnis genüge, daß bei uns nichts geschieht, was anderswo nicht als selbstverständlich schon längst durchgeführt ist. Der Minister bezeichnet die Strafgesetze der alten Monarchie als bei weitem strenger und die Regierung sei auch überzeugt, daß die Grundsätze der echten (!) und wahren (!) Demokratie durch das Gesetz nicht verletzt wurden. Allerdings lege die Demokratie für erhöhte bürgerliche Rechte auch erhöhte bürgerliche Pflichten auf. Diejenigen, die die staatliche Administrative und das öffentliche Leben zerstören wollen und sich hiebei auf die tiefste Wahrheit, daß Demokratie Diskussion ist, berufen, profanieren diese denkwürdigen Worte. Die Zukunft werde zeigen, daß sich das Gesetz gegen niemanden richte, der es mit der Republik gut meint. Es sei eine Erfindung (!), daß das Gesetz gegen die Arbeiterschaft oder die nationalen Minderheiten gerichtet ist. Im Gegenteil, es sei der erste Schritt zur modernen Regelung des allgemeinen Strafrechtes.

Der erste Debattenredner ist Abg. Roušek (Kommunist). Er protestiert gegen die Verwendung der Polizei im Abgeordnetenhause und wird vom Präsidenten im Verlaufe seiner Ausführung wiederholt zur Ordnung gerufen. Während seiner Rede erscheinen die Abgeordneten aller oppositionellen Parteien in dem Saal.

Abg. Gen. Dr. Czech gibt die an anderer Stelle des Blattes wiedergegebene Erklärung ab, die wiederholt von der stürmischen Zustimmung unserer Genossen begleitet wird. Als Abg. Gen. Dr. Czech die Vorlage als Schandgesetz bezeichnet, wird er zur Ordnung gerufen, was den lautesten Protest unserer Genossen weckt.

Abg. **Křepek** (Bund der Landwirte). Der Bund der Landwirte, die deutsche Nationalpartei, die deutsche christlich-soziale Volkspartei und die deutsch-demokratische Freiheitspartei geben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die vorliegenden Gesetzentwürfe die vollständige Entlarvung der Demokratie in diesem Staate bedeuten. Sie haben den Zweck jede der Regierung unerwünschte Aeußerung zu verfolgen, sie richten sich gegen die Gesinnung der Staatsbürger und sind nichts anderes als die Verkleidung des Terrors einer bestimmten politischen Staatsauffassung in die Form eines parlamentarisch zustande gekommenen Gesetzes. Sie sind die Frucht und Folge der gewaltsamen Entstehung dieses Staates, welcher sich lediglich auf die Gewalt seiner Bajonette stützen kann und genötigt ist, seinen Bestand durch eine Schreckensherrschaft zu verteidigen. Zur Kennzeichnung des geschichtlichen Verlaufes der Demokratie in diesem Staate genügt ein Vergleich der Wirklichkeit mit den hochtönenden Phrasen, welche die heutigen Machthaber im alten Oesterreich und auch später zum besten gegeben haben und an denen auch der jetzige Präsident insbesondere durch seine Kundgebung vom 18. Oktober 1918 beteiligt ist. Es wäre wahrlich ein erhebendes Schauspiel, wenn der Demokrat, Ethiker und Humanist als Präsident dieses Staates seinen Namen unter dieses Todesurteil der Demokratie setzen sollte.

Es folgen Erklärungen des Abg. **Bolok** für die slowakische Volkspartei, des Abg. **Szentiványi** für die magyarischen Christlichsozialen und des Abg. **Patzel** für die deutschen Nationalsozialisten.

Hierauf verlassen die Abgeordneten der oppositionellen Parteien unter heftigen Protestrufen gegen das Schutzgesetz den Saal.

* * *

In der weiteren Sitzung des Rumpfparlamentes sprach Abg. **Klein** (tschechischer unabhängiger Sozialdemokrat), der erklärt, daß seine Partei gegen das Gesetz stimmen werde. Abg. **Mlcoch** (tschechischer Gewerbeparteiler) weist darauf hin, daß es sich bei dieser Vorlage nicht um ein Gesetz zum Schutze der Republik, sondern zum Schutze der Koalition handelt. Nachdem noch die Abg. **Burian** (Kommunist) und Dr. **Patejdl** (tschechischer Sozialist) gesprochen hatten, wurde die Sitzung um 7 Uhr 30 Min. unterbrochen.

Abg. Dr. **Kramař** (Nationaldemokrat) erklärt, daß es sich bei dem Gesetze nicht um eine Aktion gegen die Arbeiterbewegung handle, aber daß der Staat nicht dulden könne, daß eine „fanatische und unwahre Agitation" die Arbeiter dazu benütze, staatsfeindliche Taten zu begehen.

Abg. Dr. **Meißner** (tschech. Sozialdemokrat) befaßt sich unter anderem auch mit der Haltung der deutschen Sozialdemokraten und sagt, daß ein Beweis für den Unernst der Kritik der Vorlage der Umstand sei, daß der „Sozialdemokrat" die Vorlage nicht so veröffentlicht habe, wie sie aus den Ausschußberatungen hervorgegangen sei. Der Redner polemisiert sodann gegen die Kommunisten und erklärte, daß es die Pflicht der tschechischen Sozialdemokraten sei, den entschlossenen Willen zu zeigen, hinter dem, wofür sie sich entschieden haben, fest zu stehen und die Verantwortung hiefür zu tragen.

Abg. Dr. **Vanovič** (tschech. Agrarier) bezeichnet die Vorlage als ein Abwehrmittel gegen die inneren Feinde des Staates; er setzt sich dafür ein, daß das Gesetz nicht auf dem Papier bleibe, sondern auch in die Tat umgesetzt werde.

Abg. Dr. **Bartošek** (tschech. Sozialist) erklärt, im Namen der Minderheit seines Klubs zu sprechen. Die Minderheit wolle für die Mehrzahl der Paragraphen des Schutzgesetzes stimmen, es gebe aber Bestimmungen in dem Gesetz, denen sie als Sozialisten grundsätzlich nicht zustimmen können. Abg. Dr. Bartošek begründete hierauf die eingebrachten Abänderungsanträge, wobei er von seinem Klub wiederholt durch Zurufe unterbrochen wurde. Er erklärte, daß er zu den Methoden, welche im Abgeordnetenhaus eingerissen sind, nicht schweigen könne. Gewöhnlich werde am Schlusse der Session ein wichtiges Gesetz verhandelt und zur Abstimmung komme es nach einem ganztägigen und ganznächtigen Verhandeln, wenn eine Arbeit der Gedanken nicht mehr möglich sei. Ein Oligarchenregime sei eingerissen, denn tatsächlich entscheide über die Gesetzwerdung ein kleiner Kreis von Politikern, welche sich das Recht anmaßen, die Mitglieder des Klubs zur Abstimmung zu dirigieren. Man könne nicht dulden, daß die Funktion eines Abgeordneten in eine bloße Abstimmungsmaschinerie verwandelt werde.

Abg. **Slavíček** (tschech. Sozialist) mißbilligt im Namen seines Klubs die Ausführungen Dr. Bartošeks. Damit war die Spezialdebatte beendet und es wurde zur Abstimmung geschritten.

Nach Mitternacht kam es während der Abstimmung zu neuerlichen Krawallen. Als die kommunistischen Anträge abgelehnt werden, schlagen die Kommunisten mit den Drucksachen auf die Tische, ziehen die Schubladen aus den Pulten und veranstalten ein Pultdeckelkonzert. Der Lärm dauert geraume Zeit an, wiederum ertönen Pfiffe. Schließlich verlassen die Kommunisten unter Protestrufen gegen das Schutzgesetz den Saal. Die Abstimmung dauert um halb ein Uhr nachts noch an.

Inland.

Mit dem Gummiknüppel.

Das beliebte Instrument, mit dem wir uns in unserem gestrigen Leitartikel beschäftigten, sauft, wie wir sagten, auf jeden nieder: nicht nur auf den Straßendemonstranten, der gegen das Schutzgesetz aufmarschiert, sondern auch auf die Presse, die es wagt, auszusprechen, was ist. Dort führt ihn in plumper Form der kommandierte Wachmann, hier etwas zarter und schlanker der Zensor. Kaum war er bei der Stelle angelangt, wo in unserem Aufsatz von der „unverschämtesten Unterdrückung der Preßfreiheit" die Rede ist, als er sich schon seiner Aufgabe erinnerte und sie sogleich ganz gründlich löste, indem er ratzekahl alles beseitigte, was die Regierung des tschechoslowakischen Staates nicht sonderlich schmeichelhaft und sympathisch hätte berühren können. Hätten wir unseren Lesern gesagt, daß unter den Prager Demonstranten, gegen die die Polizei ihre Attacke ritt, sich lauter wohlgenährte, ausreichend beschäftigte und glänzend bezahlte Arbeiter befanden, wäre der Zensor einverstanden. Hätten wir weiter erzählt, daß wir im freiesten, fortschrittlichsten Staate Europas leben, in dem kein Hauch an das alte Oesterreich erinnert, so hätten wir die Gnade des Staatsanwaltes gefunden. Und hätten wir damit geschlossen, daß wir mit der Regierung und der Haltung ihrer sieben sozialistischen Mitglieder vollauf einverstanden sind, so hätte uns, als die Verkünder der lauteren Wahrheit, der Blaustiftknüppel verschont und der Zensor hätte uns vielleicht gar etwas von seinen Lorbeeren abgegeben, auf denen er mit so reinem Gewissen schläft, wenn er nicht gerade konfisziert. So aber haben wir gelogen, was wir schuldbewußt bekennen und bereuen. Wir hatten auch zu wenig berücksichtigt, daß gerade gestern das Gericht über die Missetäter begann, was uns doch hätte veranlassen sollen, wenigstens an diesem Tage wahrheitsgemäß zu sagen, daß in diesem Staate von seiner Geburtsstunde an noch niemals etwas geschah, was uns mißfiel. Nun hat der Zensor getan, was wir versäumten: ein großer weißer Fleck predigt allen, die da guten Willens und, eindringlich die Liebe zu der goldenen, sonnigen Freiheit, zu der wunderbaren Demokratie in der Tschechoslowakei.

Auch das „Ceské Slovo" gegen die Prager Polizei. Das Hauptorgan der tschechoslowakischen Nationalsozialisten wendet sich ähnlich wie das „Pravo Lidu" gegen das Vorgehen der Prager Polizei am Sonntage. Es schreibt: „Nach dem sonntägigen kommunistischen Meeting ist die Prager Polizei gegen die Demonstranten in einer Art eingeschritten, mit der man durchaus nicht übereinstimmen kann. Diese Kundgebungen waren nicht von solcher Art, daß sie die Notwendigkeit umfangreicher Vorbereitungen und theatralischer Maßnahmen rechtfertigt, die den Kommunisten eher nützen als schaden können; wir glauben, daß die Instruktionen der Polizeidirektion diesem Ziele nicht dienen. Es ist übrigens interessant, daß die Polizeiorgane unvergleichlich weniger Energie anwandten als es sich um das Einschreiten gegen die weiß-roten Angreifer auf die Prager Redaktionen handelte." Bis das Schutzgesetz verwirklicht sein wird, wird das „Pravo Lidu" und das „Ceské Slovo" öfter zu klagen haben!

Kinderfürsorge und nationalistische Hetze. Man sollte meinen, daß auch der verbissenste Chauvinist, wofern er ein Restchen Menschlichkeit bewahrt hat, vor Einem haltmachen müßte: vor dem Elend des Kindes, vor dem Hunger und der nackten Not der Kleinsten. Was nicht einen Stein statt eines Herzens in der Brust hat, freut sich unwillkürlich, sobald jemand dem erbarmungswürdigen Kinderelend zu steuern versucht — für die „Narodni Listy" aber bietet auf der von reiner Menschlichkeit eingegebenen Entschluß, 4500 Kinder aus dem Ruhrland in die Tschechoslowakei in Pflege zu nehmen, den Anlaß zur nationalistischen Hetze. Viertausendfünfhundert Knaben und Mädchen sollen dem Völkerstreit entrückt, sollen aus einem Land ohne Lebensmittel in friedlichere Verhältnisse gerettet werden, sollen Menschen sein dürfen, während in ihrem Lande Haß und Hader toben. Die „Narodni Listy" lügen das in den wahrhaft teuflischen Plan um, schwachbesuchten deutschen Schulen mehr Schüler zuzuführen und die Regierung so zu zwingen, diese Schulen nicht aufzulösen. Das sagt nicht etwa ein Afterpolitiker am Biertisch in Prelouč, sondern ein Redakteur des Hauptblattes der Nationaldemokraten, und der kennt doch das treffliche „kleine Schulgesetz". Und dort steht ausdrücklich, daß für den Bestand von Schulklassen nur heimatberechtigte Kinder, aber nicht ortsfremde mitzählen, alle 4500

Ruhrkinder zusammen können also auch nicht eine einzige Schulklasse vor der Auflösung bewahren. Ebenso windig schaut es mit der Beschuldigung aus, daß in die so „gestützten" deutschen Schulen tschechische Kinder gelockt werden sollen — denn wofür gibts die Ueberwachung der Schülerlisten durch die Ortsschulräte und die Zwangszuweisung jedes Kindes, das des Tschechentums irgendwie verdächtig ist, in tschechische Schulen? Das alles wissen die „Narodni Listy" natürlich ganz genau, aber sie wissen auch, daß die meisten ihrer Lehrer es nicht wissen, und im Vertrauen darauf erzählen sie ihre wüsten Schauermärchen mit frecher Stirne. Das tun dieselben „Narodni Listy", die für den Transport der Wrangeltruppen, beileibe also keiner unpolitischen „Kinder", in die Tschechoslowakei eintraten, die hier russische reaktionäre Studenten mit Emphase begrüßen, ja, um ihr „gutes Herz" zu zeigen, verweisen sie auf das uns viel näher liegende Elend in Karpathorußland. Daß doch für diese wackeren Söhne vom Stamme Chauvins das Mitgleid immer erst beginnt, wenn es sich hetzerisch ausbeuten läßt! Käme es auf die „Narodni Listy" an, dürften alle Hungernden in Karpathorußland verrecken, das Blatt hat für sie noch keinen Finger gerührt. Nur es sie aber demagogisch brauchen kann, weint es erbärmliche Krokodilstränen. Es gibt eben nichts, was jedes wahre Gefühl so sicher absterben und statt dessen die Lüge emporwachsen läßt, wie der Nationalismus.

Hochverrat, Hochverrat . . . Der Olmützer „Pozor" berichtet über eine neue Hochverratsaffäre. Der Obmann eines deutschnationalen Verbandes, ein Staatsbeamter, sei verhaftet worden und nach weiteren Schuldigen werde gefahndet. Auch ein Abgeordneter, der in der Republik und im Ausland gegen den Bestand der Tschechoslowakei gearbeitet haben soll, sei in der Affäre verwickelt.

Eine lehrreiche Wahl. Die Wahlen in die Gemeindevertretung von Křinetz, die Sonntag stattfanden, weisen folgendes Ergebnis auf: die Handels- und Gewerbepartei 158 Stimmen (5 Mandate), die republikanische Partei des flachen Landes und der kleinen Landwirte 87 Stimmen (3 Mandate), die kommunistische Partei 142 Stimmen (4 Mandate), die freie Wählervereinigung 84 Stimmen (3 Mandate), Volkspartei 66 Stimmen (2 Mandate), tschechische sozialistische Partei 53 Stimmen (1 Mandat). Im Jahre 1919 war das Wahlergebnis folgendermaßen: tschechische sozialdemokratische Partei 218 Stimmen (7 Mandate), die Handels- und Gewerbepartei 128 Stimmen (4 Mandate), republikanische Partei des flachen Landes 66 Stimmen (3 Mandate), die fortschrittlich unabhängige Wählervereinigung 65 Stimmen (2 Mandate) und die tschechischische sozialistische Partei 65 Stimmen (2 Mandate). — Dieses Wahlergebnis ist für die tschechische Sozialdemokratie einfach konsternierend. Zuletzt noch die stärkste Partei, wurde sie bei den sonntägigen Neuwahlen buchstäblich aufgerieben. Sie rettete kein einziges Mandat, ja nit einmal eine einzige tschechische Arbeiterstimme.

„Dem kleinen Manne muß geholfen werden!" Dieses Stichwort der Christlichsozialen, dessentwegen sie im alten Oesterreich so viel Spott und Hohn einstecken mußten, dieses Schlagwort, das man nicht gut aussprechen kann, ohne daß sich dabei die Lachmuskeln krampfen, wird von der Warnsdorfer „Volkszeitung" wiederum hervorgeholt und ganz ernsthaft zitiert, um noch einmal einem letzten Stoßseufzer zur Rettung des Kleingewerbes durch die christlich-„soziale" „Volks"-Partei Gehör zu verschaffen. Die Bildung der Deutschen Gewerbepartei hat bei den Christlichsozialen Unmut und Entrüstung hervorgerufen, denn sie können nicht ertragen, daß durch diese Parteiengründung die deutschbürgerliche Einigkeit an einer der letzten ganzen Stellen auch noch ein Loch erhalten hat. Dabei ist es selbstredend von untergeordneter Bedeutung, daß die Christlichsozialen an die Gewerbepartei ein paar lumpige tausend Wähler verlieren. Aber um Christi willen, werden die Gewerbetreibenden, die „wahren Glaubens" sind, ermahnt, doch bei jener Partei zu verbleiben, der sie „alles zu danken" haben und sich ja nicht der Gewerbepartei anzuschließen, die eine — „Klassenpartei" ist. So wie in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts stürzen die Parteien der Spießer auch jetzt wieder alle herbei, um „den kleinen Mann zu retten" und tun so, als ob sie es nicht wüßten, daß durch alle ihre Rettungsversuche dem Manne nicht geholfen werden kann.

Verbot eines Kommunistenkongresses in Köln.

Köln, 5. März. (Tsch. P.) Wie die „Sozialistische Republik" meldet, wurde dem Geschäftsführer der kommunistischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Köln, durch den Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß über Weisung des englischen Stadtkreisdelegierten der von der kommunistischen Partei Deutschlands für den 17. März d. J. geplante Arbeiterkongreß in Köln, nicht stattfinden dürfe.

Die Durchführung des Rapallovertrages durch Italien.

Belgrad, 6. März. (AR.) Die Evakuierung der dritten adriatischen Zone geht gemäß der Konvention über die Durchführung des Vertrages von Rapallo ohne Zwischenfälle nach dem vorher bestimmten Plane vor sich.

Cunos Erklärungen im Reichstag.

Berlin, 6. März. (Eigenbericht.) Vor stark besetztem Hause gab heute der Reichskanzler seine Erklärungen über die Ruhrbesetzung ab. Die Rede brachte nicht die erwarteten Sensationen, insbesondere vermißte man die Vorschläge der deutschen Regierung zur Beilegung des Konfliktes. Der Kanzler kennzeichnete die Maßnahmen, die man gegen Deutschland angewandt hat und die allem Rechte Hohn sprechen. Er verwies auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der beiden Völker. Weiter stellte er fest, daß keine der Signaturmächte einen Finger gerührt habe, um den Bruch des Friedensvertrages zu verhindern. Das Vorgehen der Franzosen habe sich ganz anders gestaltet, als Poincare es angekündigt habe. Sodann besprach der Reichskanzler an der Hand von statistischem Material die Uebergriffe der Truppen, die Mißhandlungen der Zivilbevölkerung und die bekannten Vorfälle in einzelnen Städten. Die Welt könne nun urteilen, wo Recht und Unrecht liege. Im weiteren Verlaufe der Rede stellte Dr. Cuno fest, daß Frankreich statt der 2.1 Millionen Tonnen Kohle seit erfolgter Besetzung 74.000 Tonnen erhalten hat, das ist ungefähr das frühere Tagesquantum. Die Bilanz der Besetzung zeige für Frankreich nur Passivposten. Das deutsche Volk sei entschlossen, auch ferner Widerstand zu leisten. Der Abwehrkampf sei nicht von der Regierung befohlen, er gehe vom Volke selbst aus und werde erst in der Stunde der Befreiung enden. Dann betonte der Kanzler, daß Deutschland bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen sei. Deutschland habe auf der Pariser Konferenz Vorschläge unterbreiten wollen, doch sei der deutsche Vertreter auf Betreiben Frankreichs nicht vorgelassen worden. Die deutsche Wirtschaft hätte damals hinter der Regierung gestanden und den Vorschlägen so eine feste Grundlage gegeben. Deutschland wolle den Frieden und die Versöhnung der Völker, Frankreich wolle Unheil und Friedlosigkeit. Wenn sich ein Weg öffnen werde, würde Deutschland verhandeln. Er klage nicht an, sondern stelle nur fest und appelliere an das eigene Volk. Deutschland müsse solange ausharren, bis auch das französische Volk einsehen werde, daß man ein waffenloses Volk nicht mit Waffengewalt unterjochen könne.

Zwischen Deutschnationalen und Kommunisten kam es während der Rede zu Zwischenfällen, da sie sich gegenseitig Verrat vorwarfen. Sonst erntete die Rede allseits Beifall. Fehlten auch die positiven Vorschläge, so hielt sie sich doch von Provokationen fern und stellte Deutschlands Verhandlungsbereitschaft auf grund der Anerkennung seiner Gleichberechtigung fest.

Die Debatte soll an einem Tage beendet werden. Für die Sozialdemokraten wird Genosse Dr. David sprechen, da er aus dem besetzten Gebiet stammt. Der Reichstag wird bis 16. März ununterbrochen tagen.

Frankreichs Forderungen an Deutschland.

Ergänzung des Versailler Vertrages. — Sicherheiten. — Loslösung des Saargebietes. — Ausschaltung Englands.

London, 6. März. (Tsch. P.) Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt, er erfahre von amtlicher französischer Seite, daß die Ereignisse zu einer Aenderung der ursprünglichen Ziele Poincarés führen könnten. Für den Augenblick sehe es noch nicht so aus, als ob die Regierung die von einflußreichen Kreisen vertretenen endgültigen Forderungen unterstütze, die folgendermaßen zusammengefaßt werden könnten:

1. Nach der Besetzung des Ruhrgebietes muß der Versailler Vertrag, der stets als unzulänglich angesehen wurde, ergänzt oder gar ersetzt werden durch ein neues diplomatisches Instrument.

2. In diesem Abkommen müsse nicht nur das Problem der Reparationen, sondern auch das Problem der Sicherheit geregelt werden und das Abkommen müsse in dieser Hinsicht zu Maßnahmen ermächtigen, zu denen der augenblickliche Vertrag keine Befugnis erteile.

3. Außer den Schritten zur Sicherstellung der französischen Grenzen müssen Fragen wie die des kürzlich erschienenen Regimes des Saargebietes bereits jetzt geregelt werden und nicht erst nach einer Volksabstimmung.

4. Dieses Abkommen soll zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen werden und Italien und Belgien sollen ihm zustimmen. **Großbritannien werde nicht zu den Verhandlungen zugezogen, aber es werde ihm gestattet, sofern es dies wünsche, zu einem späteren Zeitpunkte zu unterschreiben.**

Dem Timesberichterstatter zufolge kann wenig Zweifel herrschen, daß, wenn es tatsächlich zu Verhandlungen kommt, Frankreich von neuem Forderungen unterbreiten wird, die im Jahre 1919 nicht gewährt wurden. Nach Ansicht des Berichterstatters wird es notwendig sein, sorgfältig zu erwägen, welches die Haltung Großbritanniens sein solle. Denn bei dieser Friedenskonferenz hänge von Englands Anwesenheit oder Abwesenheit nicht mehr und nicht weniger ab, als die künftige Gruppierung der europäischen Nationen und der Charakter des französisch-deutschen Friedens.

Der Streit um die Besatzungskosten.

Paris, 6. März. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Regelung der amerikanischen Besatzungskosten war es nicht möglich, die widersprechenden Vorschläge in Einklang zu bringen. Wie verlautet, sollen die Amerikaner verlangt haben, daß, wenn in den Kassen der Reparationskommission nichts mehr sei um die Forderungen der Amerikaner zu erfüllen, auf die an die verschiedenen Alliierten gemachten Zahlungen wieder Rückzahlungen erfolgen müßten. Dieser Standpunkt einer Revision des am 29. August 1921 aufgestellten Verteilungsplanes wurde von sämtlichen vier vertretenen Mächten abgelehnt und von französischer Seite der Vorschlag gemacht, Amerika möchte sich durch Liquidierung der deutschen sequestrierten Güter deren Wert auf 300 Millionen Dollar geschätzt wird, bezahlt machen. Der amerikanische Delegierte erklärte, seine Regierung fühle sich nicht berechtigt zu einer derartigen Konsolidierung. Da gestern keine Verhandlungsgrundlage gefunden werden konnte, sollen die Verhandlungen Samstag vormittag fortgesetzt werden.

Die Rheinlandkommission nach englischer Auffassung vertragsbrüchig!

London, 5. März. Im Unterhause fragte Charles Buxton, ob die interalliierte Rheinlandskommission in dem jüngst von den Franzosen besetzten Gebiet Gerichtsbarkeit ausübe und, wenn dies der Fall sei, auf Grund welcher Bestimmung des Versailler Friedensvertrages oder des Rheinlandsabkommens. Mac Neill antwortete: Auf Anordnung der französischen und belgischen Regierung besetzten französische Truppen am 25. Feber die zwischen den Brückenköpfen Mainz, Koblenz und Köln liegenden Geländestreifen und die Rheinlandkommission erklärte hierauf, dieses Gebiet stände unter ihrer Autorität, aber der britische Kommissär nahm an dieser Entschließung nicht teil und lehnte auch jede Verantwortung ab. **Die britische Regierung ist der Meinung, daß auf Grund keiner Bestimmung des Vertrages von Versailles oder des Rheinlandsabkommens die Rheinlandskommission den Anspruch erheben kann, ihre Gerichtsbarkeit über diese Gebiete auszuüben.** Die Aufmerksamkeit der französischen Regierung ist auf diese Angelegenheit gelenkt worden. Ein Mitglied der Arbeiterpartei fragte, ob der britische Vertreter in der Kommission Anweisung bekomme, gegen ein ungesetzliches Vorgehen zu protestieren. Mac Neill antwortete: Ich kann nicht sagen, ob er Anweisung bekommen wird oder nicht. Sinclair fragte, ob die Ordonnanzen der interalliierten Rheinlandkommission, denen der britische Vertreter nicht zugestimmt habe, in der britischen Zone des besetzten Gebietes gültig seien. Mac Neill antwortete bejahend. Berkeley fragte, ob die Regierung von der britischen Botschaft in Berlin oder aus einer anderen Quelle irgend eine Information habe, wonach die deutsche Regierung an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich denke. Bonar Law verneinte diese Frage. Lambert fragte, ob Deutschland irgendwie mitgeteilt habe, daß es die von Bonar Law vorgeschlagene Reparationssumme annehme oder ob die Deutschen bei der Pariser Konferenz im Jänner mit der britischen Regierung über diese Frage in Verbindung gestanden hätten. Bonar Law antwortete verneinend.

Weitere Besetzungen.

Berlin, 6. März. (Tsch. P.) Blättermeldungen aus Elberfeld zufolge sind die Franzosen gestern früh nach Kronenberg und dann nach Remscheid marschiert. Von dort ging die Spitze am Nachmittage weiter nach Wipperfürth vor.

Berlin, 6. März. (Eigenbericht.) Unser Dortmunder und unser Duisburger Parteiblatt wurden auf eine Woche eingestellt. In Herne wurde die größte und bestgebaute Volksschule besetzt. Ebenso wurde das den Gewerkschaften gehörende Volkshaus besetzt und teilweise zerstört. Das französische Militär auf den militarisierten Strecken trägt zum Teil geraubte deutsche Eisenbahneruniformen, damit die Bevölkerung und die Berichterstatter irregeführt werden.

Münster, 6. März. (Wolff.) Die Truppenbewegungen im Raume südlich Elberfeld dauern fort. Wipperfürth ist heute morgens durch französische Kavallerie besetzt worden.

Wie Raschin in Wien zum Tode verurteilt wurde!

Eine Warnung vor Ausnahmsgesetzen und Ausnahmsgerichten.

Von Friedrich Austerlitz (Wien).

Von dem Prozeß vor dem Landwehrdivisionsgericht, der mit der Verurteilung der Abgeordneten Karl Kramarsch und Alois Raschin zum Tode durch den Strang endete, ist in der Oeffentlichkeit eigentlich nie etwas bekannt geworden. Ueber die Verhandlung selbst durfte natürlich nicht ein Wort berichtet werden, auch irgendeine Besprechung des Urteiles war ganz unmöglich. Man mußte sich auf die offiziellen Mitteilungen beschränken, die natürlich außerordentlich spärlich (im ganzen Verlaufe des Prozesses bis zur Einlieferung in die Militärstrafanstalt im ganzen zwei) und ganz kurz waren. Jeder Versuch, dazu ein kritisches Wort zu sagen, war vergeblich. Nach der Amnestie aber, die auch diesen Verurteilten den Kerker öffnete, kam der Umsturz; damit war aber das Interesse an allem, was ihm vorausgegangen, so ziemlich ausgelöscht. Und die von den Militärgerichten Verurteilten hatten später wenig Interesse daran, die Barbareien dieser Verurteilungen aufzudecken; vielleicht eher das gegenteilige: denn während es im alten Oesterreich die Todesstrafe eintrug, Hochverräter zu sein, so erschien in der neuen Tschechoslowakei der Hochverrat an Oesterreich als höchste tschechoslowakische Tugend. Also hatte natürlich niemand ein Interesse daran, zu beweisen, daß das k. k. Militärgericht ihn zu Unrecht verurteilt hatte, weil ein solcher Beweis doch als der Beweis hätte gedeutet werden können, daß man kein Hochverräter gewesen sei und es auch nicht sein wollte. Die Verurteilung zum Tode im alten Oesterreich erlitten zu haben, war ja der höchste Ruhmestitel; warum ihn also mit dem Erweise mindern, daß die Verurteilung der infamste Rechtsbruch gewesen ist? Nur so ist es zu erklären, warum die von diesem Urteil Betroffenen es unterlassen haben, die Niedertracht dieses Prozesses und dieser Verurteilung darzutun, die ein bewußter Justizmord auch danach geblieben ist, nachdem es kein tschechischer Mensch mehr verhehlen mußte, ein „Hochverräter" gewesen zu sein, und gar nicht wenige mit einem Hochverrate paradieren, an den sie in der kaiserlichen Zeit auch nicht im Traume gedacht haben.

Und doch sollte der Prozeß schon aus rein juristischen Gründen vor der Vergessenheit bewahrt bleiben. Denn er war in jedem Betracht ein Unikum. Schon äußerlich, wir glauben nicht, daß es jemals einen politischen Prozeß gegeben, der so lange gedauert hat. Ohne die Voruntersuchung, die ja auch ein halbes Jahr währte, dauerte die Hauptverhandlung sechs Monate; vom 6. Dezember 1915 bis 3. Juni 1916. Wohl nie hat ein politischer Prozeß soviel Zeit in Anspruch genommen. Das Urteil ist in Druck erschienen. Es füllt nicht weniger als 644 Seiten größten Formates; ist also ein sehr dickes Buch! Die Anklage konnte nur wegen Dingen eingebracht werden, die nach dem 28. Juli begangen wurden, denn nur für Handlungen nach diesem Datum war das Militärgericht kompetent; das Urteil beginnt aber die Schilderung der hochverräterischen Tätigkeit der Angeklagten mit dem Jahre 1829! Nachdem sich die Weltgeschichte als Weltgericht bewährt hat, ist natürlich auch das Urteil eines Divisionsgerichtes erledigt; als Beweis, wie eine Justiz entarten und was aus politischen Paragraphen eines Strafgesetzes alles herausinterpretiert werden kann, sollte dieses Militärurteil vor dem Vergessen behütet werden.

Aber weil jetzt diejenigen, die unter solcher Justiz gelitten, in der eigenen Republik ein Strafgesetz begründen wollen, das jede Ausschreitung der Rechtssprechung ermöglichen würde, muß erzählt werden, warum Raschin in Wien zum Tode verurteilt wurde. Ein Urteil kann sich mit der Phrase natürlich nicht begnügen: weil er ein „Hochverräter" war, muß vielmehr sagen, wie und wodurch der Mann den Hochverrat begangen, dessentwillen es ihn zum Tode verurteilt. Es klingt nun einfach absonderlich, ist aber die volle Wahrheit, daß das Urteil für den Hochverrat Raschins auch nicht die allerkleinste Tatsache ins Treffen zu führen vermag; man erkennt das schon daraus, das von den 644 Seiten der Begründung auf Raschin nicht mehr als vierzehn entfallen. Und da liest man: „Es geht aus den gesamten Ausführungen von selbst hervor, daß die Stellung des Dr. Raschin in der slawischen Bewegung gegenüber jener des Dr. Kramarsch weit zurücktritt; seine Anteilnahme liegt mehr auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete als auf reinpolitischem. Er arbeitete auf dem Gebiete der inneren Solidarisierung": was alles wohl kein Beweis für Hochverrat ist. Nun kommt das Beweismaterial: Der Bericht über eine Rede, die Raschin in einer Wählerversammlung in Rusle am 22. November 1911 gehalten hatte, ein weiterer über eine Rede in Kuttenberg am 8. Dezember 1911, beide natürlich landläufige jungtschechische, politische Reden; dann ein Artikel von Raschin in den „Nar. Listy" vom 23. Oktober 1914 über die Deckung der Kriegskosten, der eine Polemik gegen die Ansichten Steinwender's war; dann einige wenige Briefe Raschins an Kramarsch von August und September 1914, von denen selbst das Urteil mit Bedauern zugeben muß, daß in ihnen nichts „Hochverräterisches" enthalten ist („wie alle Briefe Raschins, so halten sich auch diese ziemlich vorsichtig, immerhin ist zu entnehmen, wie Raschin im Interesse der inneren Solidarisierung die Verbindung mit anderen Gruppen des tschechischen Volkes aufrechthält und den Dr. Kra-

marsch laufend informiert"): das ist alles, buchstäblich alles, was das Urteil über Raschins „Hochverrat" zu sagen hat. Daß Raschin „nach außen persönlich nicht aufgetreten ist", „an den auswärtigen Angelegenheiten unmittelbar nicht beteiligt war", muß auch das Urteil zugeben; wodurch habe also Raschin den Hochverrat begangen, für den ihn das Militärgericht zum Tode verurteilte?

Hier nun sollten die behenden Macher des Gesetzes zum Schutze der Reaktion in der Tschechoslowakei wohl aufpassen. Raschin wird nichts anderes zur Last gelegt, denn anderes war gar nicht vorhanden, als sein Verhältnis zu den „Nar. Listy": „abgesehen von seiner Betätigung in Versammlungen als Redner und gelegentlich in eigenen Artikeln in den „Nar. Listy", beruhte seine Hauptbetätigung in seinem Verhältnisse zu den „Nar. Listy" seit Erwerbung der Zeitung durch die Partei", und sein Hochverrat und sein Verbrechen gegen die Kriegsmacht besteht darin, „daß Raschin nicht einschritt", daß er „dem Treiben der „Nar. Listy" nicht entgegentrat". Dem Urteil ist es nämlich nicht zweifelhaft, „daß nicht bloß einzelne Notizen strafbaren Inhaltes sind, sondern daß das ganze Zeitungsunternehmen in den Kreis jener Unternehmungen fällt, die deutliche und unverkennbare Handlungen im Sinne des § 58 St.-G. sind". Worin bestand nun Raschins individueller Anteil an diesem hochverräterischem Zeitungsunternehmen?

In dessen Artikeln und Notizen über die Kriegsanleihe! Und da stellt das Urteil folgende Sätze an die Spitze:

Jede, selbst eine fachmännische und wissenschaftliche Kritik an einer Kriegsanleihe ist staatsfeindlich, und objektiv und subjektiv zweifellos geeignet, den Tatbestand des Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates zu bilden und ebenso die Ziele des Hochverrates zu fördern. Aber auch eine Unterlassung der Förderung der Kriegsanleihe stellt objektiv den Tatbestand des Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates (worauf Todesstrafe steht!) dar.

Bei solcher Auffassung ist es natürlich nicht überraschend, daß das militärische Ausnahmsgericht geradezu in jedem Wort Hochverrat witterte. Ein paar Beispiele sollen noch gegeben werden. Raschin schrieb einen Artikel über Moratorium und Handelsbilanz (am 6. November, die erste Kriegsanleihe wurde aber erst am 17. November aufgelegt) und schlägt darin vor, „daß das Verwaltungs- und Bilanzjahr durch eine kaiserliche Verordnung um ein Jahr verlängert wird, so daß man für 1914 und 1915 auf einmal bilanzieren würde". Wie interpretiert das Militärgericht diesen (übrigens ganz sachgemäßen) Vorschlag? „Durch Entfall der Bilanz soll ein weniger klarer Einblick in die Vermögensbestände herbeigeführt, ebenso auch mangels dieser bilanzmäßigen Klarheit die Beteiligung an der Kriegsanleihe unterbunden werden!" Eine Notiz beginnt mit folgenden Worten: „Das Interesse wegen günstiger Plazierung unserer heimatlichen Kriegsanleihe läßt nicht nach." Dazu sagt das Urteil: „Daß das Interesse wegen günstiger Plazierung der Anleihe nicht nachläßt, besagt in versteckter Form, daß man sich bemühen mußte, die Anleihe an Mann zu bringen." In einem Artikel über das Gesamtergebnis der ersten Anleihe heißt es: „Gestern verstrich die Subskriptionsfrist für unsere Kriegsanleihe. Die Subskription selbst hatte ... einen geradezu ausgezeichneten Erfolg und überstieg alle Erwartungen. Unser Reich hat auch diese Kriegsprüfung höchst ehrenvoll bestanden, und unser Erfolg reiht sich gleichwertig an die Ergebnisse der Kriegsanleihe in Deutschland." Wozu das Urteil bemerkt: „Dem Artikel ist deutlich die Genugtuung anzumerken, daß die Zeichnungsfrist abgelaufen ist." ... Genug der Beispiele, denn man sieht dem Urteile schon auf den Grund: das Militärgericht hat Raschin zum Tode verurteilt, weil er die „Nar. Listy" nicht zur patriotischen Propaganda für die Kriegsanleihe angetrieben hatte. Das also war sein hochverräterisches Unternehmen. ...

Warum wir das alles erzählen? Ganz selbstverständlich soll dem toten Raschin nicht der glühende Wunsch, der ihn erfüllt hat, bestritten werden: daß Oesterreich in dem Kriege besiegt werde, um Raum für den selbständigen Tschechenstaat zu schaffen. Aber das ändert nichts daran, daß seine Verurteilung nicht durch den Schatten einer Tatsache begründet war, daß das Todesurteil wider ihn, in der Begründung ein beispielloses Muster von Unterstellung und Verdrehung, eine der großen juristischen Infamien war, mit denen sich eine untergehende Herrschaft allerzeit und allerorten befleckt hat. An diesem Urteil sieht man, was aus politischen Paragraphen herausdestilliert, was in sie hineingelegt werden kann; wenn die Hochverratsparagraphe einmal losgelassen werden, dann ist eben kein Halt mehr. Deshalb warnt das altösterreichische Exempel jede Nation, seinen Spuren zu folgen. Man wird antworten: die tschechische Nation wird keinen Preminger, der die Anklage brauie, und keinen Beutelschmied, der das Urteil formulierte, haben; in den Händen ihrer Berufs- und Staatsrichter ist die Gerechtigkeit in bester Hut. Wer mag für alle lebenden und kommenden Richter die Bürgschaft übernehmen? Im Wesen der politischen Justiz liegt es, besondere Senate hervorzubringen, deren Ehrgeiz es ist, Tatbestände zu konstruieren, und deren Spezialität es wird, mit Interpretationen zu brillieren. Und es ist ja schon heute das Verhängnis der Tschechoslowakei, daß sie in ganzen Nationen vorweg „Hochverräter" sieht, und das Gesetz zum Schutze der Republik gegen diesen Hochverrat richten will. Die Republik, die ihr Dasein einer Revolution verdankt, macht mit diesem Gesetze der Revolution den Prozeß! Aber die tschechischen Demokraten sollten alle diese Militärprozesse während des Krieges gerade jetzt sorgfältig studieren: um keine Gesetze zu bewilligen, die die junge Republik unvermeidlich in das Geleise der krepierenden Monarchie treiben.

Unser Kampf gegen das Schutzgesetz.

Massenversammlungen in Böhmen, Mähren und Schlesien.

Gemäß dem Beschlusse des Reichsausschusses unserer Partei fanden — wie wir bereits gestern meldeten —, im ganzen Gebiete dieses Staates Protestversammlungen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik statt. Die Versammlungen, die überall einen ungeheuren Besuch aufwiesen, erregten die Besorgnis der Behörden, denn diese hatten in vielen Orten ein ungeheures Gendarmerieaufgebot zusammengezogen, weil sie die Sicherheit des Staates gefährdet sahen. Die Versammlungen verliefen jedoch überall in vollster Ruhe und Ordnung. Im nachstehenden bringen wir einen Auszug aus den Berichten, die uns über diese Versammlungen zugekommen sind.

Nordwestböhmen.

Im Bezirke Teplitz gab es Versammlungen in Neudörfel, Weiskirchlitz, Probstau, Teplitz, Pyhanken, Eichwald, Goslike, Graupen, Schallan, Quikau, Ratsch, Zuckmantel, Kosten, Turn und Settenz. Im Bezirke Dux fanden Protestversammlungen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik am Samstag und Sonntag in den Orten Ullersdorf, Loosch, Ladowitz, Janegg, Liquitz, Hegehof, Liptitz, Neudorf-Herrlich, Haan, Ossegg, Maria-Ratschitz, Sobrusan und Riesenberg statt, die durchwegs einen guten Besuch aufzuweisen hatten. In all den Versammlungen wurde die vorgeschlagene Protest-Entschließung einstimmig angenommen. Die Versammelten stimmten den Ausführungen der Redner zu, die das Schutzgesetz als ein Machwerk der Reaktion zur Bekämpfung der Arbeiterklasse bezeichneten. Ueberall kam elementar zum Ausdruck, daß nur die vollständige Ablehnung dieses Gesetzentwurfes die richtige Antwort auf die unerhörten Angriffe der Koalitionsregierung sei. Die Bruxer Bezirksorganisation hatte fünf Versammlungen einberufen. Im Bezirke Komotau fanden massenhaft besuchte Versammlungen in Komotau, Oberdorf, Neudorf, Pritschapl, Podersam, Postelberg und in noch einigen Orten statt. Der Besuch war auch hier ungeheuer. Im Biliner Bezirk fanden am Samstag und Sonntag achtzehn Versammlungen statt, die auch in einigen Orten von tschechischen Sozialdemokraten besucht waren. Es zeigte sich, daß ganze Teile der tschechischen Arbeiterschaft die Politik ihrer sozialdemokratischen Führer nicht billigen und deren schmachvolles Versagen richtig einzuschätzen verstehen. — Die von der Bezirksorganisation Oberleutensdorf einberufenen acht Versammlungen wiesen einen starken Besuch auf; die Referate wurden überall mit Beifall aufgenommen.

Nordböhmen.

In Tetschen sprach am Sonntag Abg. Genosse Grünzner, bei dessen Kritik des Vorgehens der tschechischen Sozialdemokraten es zu Lärmszenen kam und Pfuirufe ertönten. — In der Versammlung in Bensen, in der Abg. Genosse Schweichhardt sprach, versuchte ein Nationalsozialist für eine allnationale „Notgemeinschaft" Stimmung zu machen. Die massenhaft erschienene Arbeiterschaft bezeugte jedoch durch den Beifall, den sie dem Schlußworte des Genossen Schweichhardt zollte, daß sie mit den Gelben nichts zu tun haben will. — In Böhmisch-Kamnitz fand die Protestversammlung bereits am Donnerstag statt. Dem Referat des Dr. Emil Strauß folgte stürmischer Beifall. — Die Versammlung in Haide, in der gleichfalls Genosse Schweichhardt sprach, war von mehr als vierhundert Personen besucht.

Ostböhmen.

Im Braunauer Gebiete hatte unsere Partei Protestversamlungen in Halbstadt, Braunau und Weckelsdorf einberufen, in denen Abg. Genosse Schäfer aus Reichenberg das Referat erstattete. Die einmütige Annahme der Resolution in allen drei Versammlungen bewies, daß die deutsche Arbeiterschaft auch im Braunauer Gebiete den Abwehrkampf unserer Partei gutheißt. — Eine Protestversammlung gegen das Schutzgesetz fand ferner am Montag in Landskron statt.

Nordmähren.

In Mährisch-Schönberg sollten am Sonntag drei Protestversammlungen stattfinden. Die kommunistische Versammlung am Marktplatze, die im Verein mit Christlichsozialen und Nationalsozialisten von den „proletarischen Parteien Nordmährens" einberufen wurde, verbot die Behörde. Es wurde auch ein starkes Aufgebot von Gendarmerie in der Stadt zusammengezogen, um jedenfalls die Versammlung der tschechischen Nationaldemokraten für das Gesetz entsprechend schützen zu können. Da nun die Kommunisten und ihre „proletarischen" Bundesgenossen sich keinen Saal besorgten, so fand nur die von unserer Partei einberufene Demonstrationsversammlung statt, in der auch ungefähr dreihundert Kommunisten und Nationalsozialisten erschienen. Das Referat erstattete Abg. Genosse Hackenberg, der in seinem Schlußworte dann auf die Einwendungen der Kommunisten und eines Christlichsozialen antwortete und die Politik dieser Parteien einer vernichtenden Kritik unterzog. — In Sternberg sprach in einer äußerst stark besuchten Protestversamlung unter stürmischem Beifall Senator Genosse Polach aus Brünn.

Ostmähren.

Die Bezirksorganisation Neutitschein hatte Versammlungen in Neutitschein, Fulnek, Deutsch-Jasnik, Kunewald, Sedlnitz, Senftleben und Botenwald einberufen, die alle glänzend besucht waren.

Schlesien.

In den Protestversammlungen in Jägerndorf, Freudenthal, Würbenthal, Karlsthal, Hilersdorf-Kammer, Engelsberg-Lichtewerden, Klein-Merau, Liebenthal und Johannesthal gab die versammelte Arbeiterschaft ihren Unwillen und ihre Entrüstung über das Schutzgesetz kund und bezeugte ihre Entschlossenheit, im Kampfe gegen die Reaktion, die jetzt in diesem Staate mächtig an der Arbeit ist, hinter ihrer Führerschaft bis zum siegreichen Ende auszuharren.

Die sächsische Sozialdemokratie zur Regierungskrise.

Von unserm Dresdener Mitarbeiter.

Da nach den Beschlüssen vorausgegangener Landesparteitage vor einer Regierungsumbildung mit bürgerlichen Parteien ein Landesparteitag zu befragen ist, beschäftigte sich die Sozialdemokratie Sachsens am 4. März auf einer nach Dresden einberufenen Landesversammlung mit der Regierungskrise. Vorher wurden mit den Kommunisten und mit den Demokraten Verhandlungen gepflogen, unter welchen Bedingungen beide eventuell in eine Regierung einzutreten bereit wären. Die Verhandlungen mit den Kommunisten, die wiederholte Phasen mit Forderungen und Gegenforderungen aufwiesen, endeten mit dem positiven Verlangen der Kommunisten, gemeinsam durch Sozialdemokratie und Kommunisten einen Betriebsrätekongreß einzuberufen, der die Regierungsbildung vornehmen und das Regierungsprogramm aufstellen sollte. Zu diesem Programm gehörte die Forderung, ein Exekutivorgan durch den Rätekongreß wählen zu lassen, das die Verwaltungsorgane der Regierung kontrollieren und alle Gesetzesvorschläge vorberaten soll. Weiter sollte die Bewaffnung der Arbeiterschaft vorgenommen werden. Ausdrücklich wurde jedoch verlangt, daß sich die Sozialdemokratie bereit erklären müsse, die aus Urwahlen hervorgegangenen Betriebsräte für die Aufstellung eines solchen Programmes zu gewinnen. Ein Versuch, den Kongreß nur einzuberufen, um eine Ablehnung dieser politischen Aktion durch die Betriebsräte herbeizuführen, würde die Kommunisten nötigen, jede weitere Verhandlung abzulehnen. Falls die Gewerkschaften sich weigerten, an dem Betriebsrätekongresse mitzuwirken, sei eine neue Situation geschaffen, die weitere Verhandlungen voraussetzte. Sollte der Räte-Kongreß wider Erwarten sich gegen die Einsetzung von Exekutivorganen und die Bewaffnung der Arbeiter aussprechen, so würden die Kommunisten in die Regierung nicht eintreten, jedoch der Sozialdemokratie gestatten, eine Minderheitsregierung zu bilden.

Die die Einberufung des Rätekongresses die Ausschaltung der politischen Parteien und ihre Ersetzung durch unpolitische Organe bedeutet, lehnten die Landtagsfraktion und die Parteileitung Sachsens diese Forderung ab. Letztere betrachtete die Verhandlungen mit den Kommunisten als gescheitert und empfahl dem Parteitag, sowohl eine Landtagsauflösung, als auch die Einberufung eines Rätekongresses abzulehnen und mit den Demokraten die Bildung der Regierung vorzunehmen. Die Demokraten hatten das von der sozialdemokratischen Fraktion aufgestellte Regierungsprogramm als Verhandlungsgrundlage akzeptiert und ihre Bedingungen zu den vorliegenden Gesetzesvorlagen bekanntgegeben.

In der Landesversammlung kam allgemein der Wille zum Ausdruck, mit den Kommunisten zu einer Einigung zu gelangen. Zu diesem Zwecke wurde eine siebengliedrige Kommission gewählt. Abgelehnt wurde, auf die Gewerkschaften einzuwirken, einen Rätekongreß einzuberufen, desgleichen der Landtagsauflösung zuzustimmen. Die Gewerkschaften erklärten, daß sie die Einberufung eines Rätekongresses aufgrund gefaßter Beschlüsse ablehnen müßten und daß sie in dem Verlangen der Kommunisten nur den Versuch erblickten, den politischen Kampf in die Gewerkschaften hineinzutragen und sie zu zerschlagen.

Es muß abgewartet werden, ob die erneut aufzunehmenden Verhandlungen zu einem Ergebnis führen und inwieweit die bürgerlichen Parteien, die bereits einen Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt haben, von diesem Antrage bis zur Verständigung mit den Kommunisten absehen. Kommt es zu keiner Verständigung mit den Kommunisten, dann wird ein anderer Weg als die Koalition mit den Demokraten kaum möglich sein.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wächst.

Berlin, 6. März. (Eigenbericht.) Die Entwicklung des Arbeitsmarktes hat sich weiter bedeutend verschlechtert. Die Zahl der unterstützungsbedürftigen Arbeitslosen ist von 85.000 auf 144.000 gestiegen.

Der deutsche Botschafter gestorben.

München, 6. März. (Wolff.) Heute nachts starb in der chirurgischen Klinik der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer. Bei einem vor fünf Tagen vorgenommenen Probeschnitt konnte nur die Unmöglichkeit einer Operation festgestellt werden. Der Kranke starb an allgemeiner Schwäche.

Die Arbeiter Frankreichs gegen die Regierung.

Die deutsche Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik teilt mit: Der in Paris tagende 17. Kongreß der „Confederation general du travail" hat den Antrag ihres Generalsekretärs Jouhaux, die Frage der Reparationen zwecks friedlicher Lösung dieser Angelegenheit an den Völkerbund zu verweisen, mit 1395 gegen zwanzig Stimmen bei sechs Stimmenenthaltungen angenommen.

Ministerkrise in Polen.

Krakau, 6. März. Auf Grund von Informationen seines Warschauer politischen Berichterstatters bestätigt der hiesige „Kurjer" die Nachricht über die erwartete Kabinettsdemission.

Ministerkrise in England.

London, 6. März. (Havas.) Nach Blättermeldungen hat der Minister für Sanitätswesen Sir Arthur Griffith-Boscawen, der bei Ergänzungswahl eine Niederlage erlitten hatte, demissioniert.

Der Streit um Karelien.

Russische Warnungen an Finnland.

Moskau, 6. März. Der Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten überreichte dem finnländischen Gesandten Hackell eine Note, worin gegen die Einmischung des Völkerbundes in die karelische Frage protestiert wird. Nach dem Dorpater Abkommen bilde Karelien einen integrierenden Bestandteil der sowjetrussischen Republik und sollte Finnland den Völkerbund mit der karelischen Frage beschäftigen, so würde dies die russisch-finnischen Beziehungen beeinträchtigen.

Die Arbeitslosenunterstützung in England.

London, 6. März. (AA.) Im Unterhause wurde gestern abends der Gesetzentwurf zur Unterstützung der Arbeitslosen und Gewährung von Arbeit an dieselben in zweiter Lesung durchgenommen. Arbeitsminister Sir Montagu Barlow sprach seine Befriedigung darüber aus, daß die Zahl der Arbeitslosen, obzwar sie noch immer eine riesige ist, in diesem Jahre zurückzugehen beginne, und zwar um 20.000 wöchentlich.

Tages-Neuigkeiten.

„Wir spotten ihrer Macht".

Ob sie uns auch zerbrechen,
sie beugen uns doch nicht,
und eh' der Tag vergangen,
steh'n wir frisch aufgericht'.

Von tausend Niederlagen
erheben wir uns frei
zu immer kühnerem Schlagen,
in immer fest'rer Reih'.

Ob sie die Flamm' ersticken,
der Funke heiß sich regt,
und über Nacht zum Himmel
die neue Flamme schlägt.

Und ob das Ziel, das hohe,
entwichen scheint und fern,
es kommt der Tag, der frohe,
wir trauen unserm Stern.

Die Gegenwart mag trügen,
die Zukunft bleibt uns treu!
Ob Hoffnungen verfliegen,
sie wachsen immer neu.

Aus nichts wird alles werden,
eh' sie es noch gedacht!
Trotz ihrer Machtgebärden,
wir spotten ihrer Macht.

Bald werden sie zerstieben
wie Gischt am Felsenstrand,
schon winkt aus Nebeltrüben
das heiß ersehnte Land.

Es gibt auf Erdenrunden
nichts, was uns zwingen kann:
kein Gift und keine Wunden,
kein Teufel und kein Bann!

Karl Liebknecht.

Die „Bohemia" will nicht Ruhe geben. Herr Weinert von der „Bohemia" fühlt sich obenauf: hat doch Direktor Kramer, um sichs mit dem in Prag einflußreichen Bürgerblatt nicht zu verderben, glatt zugegeben, daß er im Falle Kraus alles geträumt hat, und als bittere

Wirklichkeit bleiben für ihn nur die 12000 K Strafgeld zurück, die er im Gefolge der „freundschaftlichen Ratschläge" des Herrn Weinert dem Wiener Ensemble als Abstandsumme hat zahlen müssen. Das Zeugnis eines Mannes, der, um sichs mit der Presse des zahlungskräftigen Publikums nicht zu verderben, auch beschwören würde, daß die Luft fest ist und daß das Wasser aufwärts fließt, gibt dem in solchen Dingen bescheidenen Herrn Weinert den Mut, neuerdings gegen die „letzte Nacht" zu stänkern. Also rückt er in die „Bohemia" folgende Notiz ein:

Wie wir hören, setzen sich Karl Kraus nahestehende Kreise dafür ein, daß „Die letzte Nacht" im Weinberger Stadttheater in deutscher oder tschechischer Sprache aufgeführt werde. Es heißt, daß die tschechischen Kreise für diesen Plan Interesse haben. **Was wir selbstverständlich finden.**

Nun wissen wir zwar von der Absicht einer Aufführung am Weinberger Theater nichts. Wo aber, fragen wir, gibt „Die letzte Nacht" den Tschechen besonderen Grund, sich für sie zu interessieren, außer vielleicht den, die ganze Borniertheit der Bohemiakämpen kennen zu lernen? Die Kampagne des Herrn Weinert zeigte ja vom ersten Augenblick an, daß er das Stück nicht kennt, mit der nur dem Nichtwissen eigenen — sagen wir — Kühnheit dichtet er ihm jetzt tschechenfreundliche Tendenz an. Meint er vielleicht, daß wir ihm bei diesem Unternehmen ebenso den „guten Glauben" zubilligen werden wie bei der ersten Erpressung des von Geschäftssorgen bedrängte Direktor Kramer? Nein, und deshalb nageln wir den jüngsten Versuch einer neuen Hetze sofort an, und weil wir gewohnt sind, eine schwarze Katze schwarz zu nennen, erklären wir den Verfasser der jüngsten Bohemianotiz als einen böswilligen Narren, der aus krasser Unkenntnis des von ihm befehdeten Werkes heraus dessen Tendenz im großen wie im einzelnen verleumdet. Wer das dichterische Strafgericht über Militarismus, Monarchismus und Pressekorruption mit solcher Wut anfeindet, muß selbst in tiefster Seele Militarist, Monarchist und ein korrupter Pressejobber sein.

Nationaldemokratische Demagogie. Die „Narodni Demokracie" schreibt über den sonntägigen Zusammenstoß der Polizisten mit den Kommunisten in der Wassergasse in Prag: Bei den Sonntagskundgebungen der Kommunisten gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wurde durch die Teilnehmer an der Versammlung durch Zertrümmerung von Auslagescheiben ein Schaden von 20.000 K verübt. Da die Meinung verbreitet ist, daß für diese Allotria die Republik den Beschädigten den Schaden ersetzen wird, mit anderen Worten, für die Lausbuben, die keine Steuer zahlen, die Bürger, die Steuern zahlen müssen, so muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß dem nicht so ist und daß in das Gesetz zum Schutze der Republik eine Bestimmung aufgenommen werden wird, nach der für Schäden, die bei Demonstrationen entstehen, die Einberufer aufzukommen haben, im vorliegenden Falle also der Exekutivausschuß der kommunistischen Partei. — Dieser demagogischen Reklame der Nationaldemokraten für das „Schutzgesetz" braucht man nichts hinzuzufügen. Wir ersparen so dem Zensor auch die Arbeit.

Das Kommunistenheim in Deutsch-Brod behördlich geschlossen. Das Haus der Kommunisten in Deutsch-Brod, das unter dem Namen „Kronstadt" allgemein bekannt war, wurde Montag nachmittags behördlich gesperrt, weil die Besitzer dieses Hauses in dessen Räumlichkeiten aufhetzerische Propaganda betrieben und so das Haus seinem eigentlichen Zwecke (Veranstaltungen von fortschrittlicher und kultureller Art) entzogen.

Kommunistisches aus Freiwaldau. Aus Freiwaldau wird uns geschrieben: Im hiesigen Städtchen gibt es drei Säle, von denen einer den Christlichsozialen, einer der Nationalpartei und der dritte den Kommunisten gehört. Unsere Partei hat bisher ihre Versammlungen in dem den Kommunisten gehörenden „Volksheim" abgehalten. Die Kommunisten haben nun deshalb, weil ihnen eine kleine Schuld nicht sofort bezahlt wurde, unseren Genossen die Benützung des Saales bis auf weiteres verweigert. — Die Tätigkeit der Freiwaldauer Kommunisten für das Wohl der Arbeiterschaft erfährt die treffende Charakteristik durch die Art und Weise, in der bei der Freiwaldauer Bezirkskrankenkasse eine frei gewordene Stelle durch [illegible] Bezirkskrankenkasse beherrschenden kommunistischen Führer Zorn besetzt wurde. Diese Stelle hatte früher einer unserer Genossen inne. Als nun die Stelle frei wurde, gab man sie nicht einem Sozialdemokraten oder Kommunisten, sondern dem Parteisekretär der nationalsozialistischen Partei. Da die Nationalsozialisten gedroht hatten, sie würden eine eigene Krankenkasse errichten, ließen die Kommunisten mit sich reden und nahmen den nationalsozialistischen Parteisekretär in die Bezirkskrankenkasse auf. Die Nationalsozialisten lachen sich nun ins Fäustchen, denn nach ihrem eigenen Eingeständnis fehlten ihnen die Mittel zur Errichtung einer eigenen Kasse. Jetzt, da sie ihren Parteisekretär in der kommunistischen Bezirkskrankenkasse untergebracht haben, wissen sie von den Interessen der durch sie so gut vertretenen Land- und Forstarbeiter nichts mehr.

Die „Lidove Noviny"-Brünn kaufen ein Flugzeug. Die Brünner „Straž Socialismu" weiß zu berichten, daß Dr. Stransky derzeit zu dem Zwecke in Wien weilt, um für die „Lidove Noviny" ein Flugzeug zu erwerben, das der Beförderung des Blattes dienen soll. Durch diese Maßnahme wollen die „Lidove Noviny" der Konkurrenz der Prager Blätter entgegentreten, die jetzt bereits zeitlich früh in Brünn sind.

Ein „historisches" Pferd. Nicht vom Amtsschimmel soll die Rede sein, sondern vom 17jährigen Hengst „Heinrich", den weiland Karl Habsburg bei der ungarischen Krönung ritt. Der Hengst, der schon fast erblindet ist, wurde nach dem Umsturze der Wiener Staatsoper übergeben, um hier bei Wagner-Opern einen germanischen Gaul abzugeben. Dieses Schicksal des „historischen" Pferdes erregte nun den Unwillen eines ungarischen Grafen, der „Heinrich" der Staatsoper abkaufte und ihn in dem königlichen Gestüt bei Budapest unterbringen ließ. Hier soll der Krönungsschimmel solange in treuer Pflege bleiben, bis einst der Augenblick kommt, an dem die Magyaren auf seinen Rücken den neuen König setzen werden. Demnach ein Konkurrenzunternehmen für den Amtsschimmel. Fragt es sich nur, ob der „historische" Schimmel eine solche Lebensfähigkeit entwickeln wird, wie der Amtsschimmel oder ob er vor dem „großen Augenblick" nicht doch schon längst krepiert sein wird.

Verkauf der ehemaligen „Böhmischen Hofkanzlei" in Wien. Nach Wiener Blättermeldungen wurden dieser Tage im österreichischen Finanzministerium die Verhandlungen über den Verkauf der ehemaligen „Böhmischen Hofkanzlei" an den tschechoslowakischen Staat, der in diesem Gebäude sowohl seine Gesandtschaft als auch das Konsulat unterbringen will, begonnen. Sollten diese Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnisse kommen, so will die tschechoslowakische Regierung jenes Gebäude erwerben, in dem früher die österreichisch-ungarische Marinesektion untergebracht war.

Totenfeier für die Opfer des 4. März 1919 in Sternberg. Am 4. März veranstaltete die Bevölkerung von Sternberg eine Märzfeier zu Ehren der vor vier Jahren an diesem Tage gefallenen Proletarier. Um zwei Uhr nachmittags versammelte sich eine ungeheuere Menge vor dem Rathause und zog dann in einem mächtigen Zuge zum Friedhof vor das dort aufgestellte Denkmal. Die Stadtkapelle spielte zwei Choräle. Bürgermeister Genosse Schloßnikel hielt die Gedächtnisrede, in welcher er die Verhältnisse von damals und von heute verglich und zu dem Schlusse kam, daß es heute in diesem Staate noch schlechter geworden sei als früher. Der Männergesangverein sang zum Schlusse einen ergreifenden Trauerchoral, worauf die erhebende Feier ihr Ende fand.

Eine internationale Kundgebung anläßlich der 75. Wiederkehr des Tages, an dem — am 11. März 1848 — in der Versammlung freiheitlicher Deutscher und Tschechen im St. Wenzelsbade in Prag einmütig der Kampf gegen die damalige Reaktion beschlossen wurde, findet Samstag den 10. d. M., veranstaltet vom „Internationalen Ausschuß sozialistischer Studenten", um 8 Uhr im Sitzungssaal der Straka-Akademie (Prag-Kleinseite) statt.

Numerus clausus an der Wiener Technik. Das Rektorat der Technischen Hochschule hat Montag via facti den numerus clausus für die jüdischen Hochschüler eingeführt: An der Technischen Hochschule wurde folgende Ankündigung angeschlagen: Die Immatrikulation fremdstaatlicher Bewerber wird künftighin auf Grund ihrer tatsächlichen Eignung und ihrer Zugehörigkeit unter Bedachtnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen. Für die jüdischen Hörer des Auslandes wird noch außerdem bestimmt, daß ihre Immatrikulation in der Regel nur in dem Ausmaße wird erfolgen dürfen, daß die Zahl aller in einer Fachschule zu immatrikulierenden jüdischen Bewerber zehn Prozent nicht überschreiten darf. Mit der Durchführung dieses Beschlusses wurde ein besonderer Ausschuß betraut, gegen dessen Entscheidung keinerlei Berufung zulässig ist und dem es auch zustehen wird, die geforderte Eignung der Bewerber in angemessener Weise festzustellen.

„Minderheitenschutz und internationale Gerichtsbarkeit." Der Vortrag Prof. Dr. Rudolf Laun's findet heute um 8 Uhr abends im Spiegelsaal des Deutsches Hauses in Prag statt. Namens der Deutschen Völkerbundliga wird deren Präsident, Abg. Dr. Wilhelm Medinger, den Gast in seiner Vaterstadt willkommen heißen. Der Vortrag ist allgemein zugänglich.

Ueber 60 Personen aus der Moldau gerettet. Dieser Tage wurde dem Schuhmachermeister Josef Rousek aus dem Dr. Riegerfond ein Stipendium von 2000 Kronen als Dank dafür verliehen, daß Rousek, der am Moldauufer knapp an der Karlsbrücke in Prag wohnt, bisher über 60 Personen aus den Fluten der Moldau gerettet hat. Die Mehrzahl der von Rousek geretteten Personen waren Selbstmörder.

Staatliche Neubauten in Prag. Wie die „Prager Presse" meldet, hat die beim Ministerium für öffentliche Arbeiten konstituierte Fachkommission für den Bau der Modernen Staatsgalerie in Prag in ihrer letzten Sitzung die Bedingungen für das Konkursausschreiben beschlossen. Die Galerie wird auf der Kampa-Insel errichtet werden. Vermutlich werden im Laufe dieser Woche, spätestens aber bis zum 15. März d. J. die Bedingungen für das Preisausschreiben verlautbart werden, an dem sämtliche Baumeister und Architekten, soferne sie tschechoslowakische Staatsbürger sind, teilnehmen können. — Im Ministerium für öffentliche Arbeiten wurde in den letzten Tagen über drei interessante Bauprojekte entschieden. Es sind dies die Projekte für den Neubau des Amtsgebäudes für das Gesundheitsministerium, für das Ministerium für soziale Fürsorge bei der Palacky-Brücke und das Bauprojekt des neuen Universitätsgebäudes bei der Stefanik-Brücke. Das Projekt des Neubaues für das Ministerium für soziale Fürsorge wird bereits Samstag, den 10. März l. J. der Gegenstand einer interministeriellen Beratung bilden, worauf der Bau definitiv verliehen werden wird. Ueber das Bauprojekt des Neugebäudes für das Gesundheitsministerium wird 14 Tage später endgültig entschieden werden. Mit dem Bau dieser beiden Gebäude wird im August und September l. J. begonnen werden. Ueber das Projekt der neuen Universitätsgebäude wurde in einer der letzten Sitzungen der interministeriellen Kommission bereits entschieden. Auch dieses Neugebäude dürfte schon im Sommer l. J. in Angriff genommen werden.

Entsetzliches Unglück in den Eisenwerken von Zabřeh. In den Witkowitzer Eisenwerken in Zabřeh a. d. Oder wurden vier Arbeiter durch flüssiges Erz derart verbrüht, daß sie kurz nach Ueberführung in das Krankenhaus starben. Die Verunglückten waren sämtlich Familienväter.

Bei der Arbeit verschüttet. In den Keramikfabriken in Prag-Tkeßowitz stürzte gestern vormittags eine Decke ein. Der Arbeiter Antonin Mach wurde durch die Schuttmassen bis zum Halse verschüttet. Mit Mühe gelang es, den Verunglückten aus seiner Lage zu befreien. Er hatte zum Glück nur leichte Verletzungen erlitten.

Die Typhus-Epidemie in Podbaba kam in der letzten Sitzung der Zentralverwaltungskommission der Stadt Prag zur Sprache. Dabei wurde ein Antrag des Dr. Stula auf Einführung des Karanwassers in Podbaba angenommen. In der Debatte nahm auch der Stadtphysikus und ehemalige Gesundheitsminister Dr. Prochazka das Wort und konstatierte, daß im abgelaufenen Jahre in Prag 420 Typhusfälle zur Anzeige gebracht wurden. Der eigentliche Typhusherd sei bisher im großen und ganzen in den Gemeinden Hlubočep, Podbaba, Branik, Krč, Nusle und Vršchowitz gelegen gewesen. Gegenwärtig sind in Podbaba 29 Fälle zur amtlichen Kenntnis gelangt, doch dürfte sich die Epidemie, ehe die getroffenen Absperrungsmaßnahmen ihre Wirkung zeigen werden, voraussichtlich bis auf 50 Fälle steigern. Podbaba sei stets ein von Typhus bedrohter Ort gewesen. Die Sperrung der Brunnen sei bereits angeordnet und die Einführung der Karanwasserleitung nach Podbaba werde auf Grund des ebengefaßten Beschlusses baldigst in Angriff genommen werden und in Hinkunft wohl jeder Typhusepidemie dortselbst steuern.

Raubüberfall auf den Freund. In Brüx hat dieser Tage der 18jährige Monteur Alfred Klegel seinen Freund Oskar Raab, bei dem er übernachtet hatte, in der Früh im Bette überfallen und ihm mit einem Hobel Verletzungen am Kopfe beigebracht. Klegel wollte aus einer Schublade eine silberne Uhr entwenden. Raab erwachte durch das Geräusch und rief um Hilfe. Da überfiel ihn Klegel und hieb ihm solange auf den Hinterkopf, bis dieser bewußtlos zusammenbrach. Der Täter wurde verhaftet.

Uebersiedlung der magyarischen Gesandtschaft. Die magyarische Gesandtschaft übersiedelte am 26. v. M. in das neue Gebäude in Prag-Kleinseite, Sekkova ul. Nr. 1n., ČČ. 616.

Der Ausbau der drahtlosen Telegraphie in England. Wie aus London gemeldet wird, erklärte Ministerpräsident Bonar Law im Unterhaus, die Regierung sehe keine Gründe, weshalb man künftighin Privatunternehmungen von der drahtlosen Telegraphie im britischen Reiche ausschließen sollte. Die Regierung beschloß, Privatunternehmern die Errichtung drahtloser Stationen für den Verkehr mit den Ueberseedominions den Kolonien und fremden Ländern zu gestatten. Die Privatunternehmungen werden lediglich den für die Sicherung der britischen Kontrolle erforderlichen Vorschriften unterliegen. Gleichzeitig hat die Regierung entschieden, daß es im Interesse der nationalen Sicherheit geboten ist, daß in England die Funkstationen zum drahtlosen telegraphischen Verkehr mit den Ueberseedominions, welche vollständig vom Staate verwaltet würden, geeignet wären. Solche Stationen werden ehestens errichtet und zu Handelszwecken verwendet werden.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (18)

Fahrten ins Himmelblaue.

Ernst Löhner kam zu den Flickschneidern. Damit keine falsche Meinung aufkommt: Es gab weder etwas zu schneidern, noch etwas zu flicken, sondern siebzig Männer saßen in einer Doppelreihe auf rohen, ungestrichenen Dreibeinen und — stricken Strümpfe. Für fromme Missionsvereine, für knauserige Fabrikanten, die Gefängnisarbeit ausbeuten, für wohltätige Stiftungen, arme Kinder zu kleiden: darum kümmerten sie sich weiter nicht. Die Nadeln kapperten von morgens sechs Uhr bis abends sieben Uhr, und Millionen Maschen wurden in einem Tag aneinandergereiht. Ernst hätte gern andere Arbeit geleistet. Von allen Demütigungen, die er bis jetzt erlitten, schien ihm die ärgste, daß er Strümpfe stricken mußte. Das taten sonst nur Schulmädchen und alte Weiblein; in diesen Kreis geschoben zu sein, fand Ernst schmählich. Doch eine Versetzung zu anderer, mehr männlicher Arbeit war ziemlich aussichtslos.

Zu schwitzen gab es bei der Tätigkeit nichts. Die größte Anstrengung war wohl das Sitzen. Hatte man dazu noch leichte Finger, so war das ganze Handwerk mehr Spiel als Leistung. Einen Vorzug hatte die Beschäftigung: man konnte denken konnte an anderes als an die Arbeit denken. Davon machte Ernst ausschweifenden Gebrauch. Er setzte sich morgens hin und fabulierte bis zum Mittagessen eine märchenhafte Geschichte aus. Gegenstand: die Zukunft Ernst Löhners!

Wenn du nach Amerika gehst... Man fährt auf dem Schiff nach Amerika, lieber Ernst, man geht nicht. Also, wenn du im Oktober nach Amerika fährst... Ernst Löhner ist schon drüben. Er hat Erfindungen gemacht, die in eigenen Fabriken ausgebeutet werden. Zwanzigtausend Arbeiter schaffen in seinen Werken. Der fürstliche Palast liegt wunderbar an der teuersten Straße von Neuyork. Breite, kiesgestampfte Auffahrten leiten durch ein Tor, das ein Meisterwerk von Kunstschmiedearbeit ist. Ernst ruft den Hausmarschall an, die Jacht seefertig zu machen. Er will die alte Heimat besuchen. In der Vaterstadt herrscht große Aufregung. Der berühmte Erfinder und Multimillionär Ernst Löhner ist angekommen. Das herrliche Auto rattert durch die Straßen hinaus in die Stadt der kleinen Leute. Die Leute zeigen sich das Auto und flüstern halblaut den berühmten Namen. Vor dem grauen Haus läßt Ernst halten, steigt aus und befiehlt dem galonierten Diener laut, zu warten. Sein Gesicht ist eisenhart, er schaut mit großartigen Augen um sich. Der Vater reibt sich die Hand am Rockärmel, bevor er sie Ernst gibt. Die Mutter rennt aufgeregt durch die Wohnung und stäubt alle Stühle ab. Jetzt spricht Ernst mit den Eltern, zieht eine große Brieftasche und legt fünfzigtausend Dollar auf den Tisch...

„Du spinnst wohl schon wieder, Nummer Sechsundzwanzig? Denk' an deine Arbeit oder..."

Der krummbeinige Aufseher stand, die Hände hinter dem Rücken verschränkt, vor Ernst und schaute ihn durchdringend an. Der gelbe Säbelkorb glänzte aufdringlich. Ernst war aus allen Himmeln gestürzt. Wie schön hatte er sich doch alles ausgemalt, die Fahrt übers Wasser, seine Fabriken, die Jacht und das Wiedersehen. Jedes örtliche Bewußtsein zerfloß vor diesen Einbildungen. Er hatte frei und fessellos geschwebt und sich ganz der Hohbergen Wirklichkeit ledig gefühlt.

Nach zehn Minuten begann Ernst sachte wieder zu schwärmen. Diesmal blieb er im Land und nährte sich redlich. Er war ein berühmter Schriftsteller geworden, dessen Bücher in allen Schaufenstern lagen. Sein Name leuchtete sternenhaft, soweit deutsch geschrieben und gelesen wurde. Letzthin hatte er einen Roman abgeschlossen, der bald erscheinen sollte. Darin war sein ganzes Leben ausgebreitet, und alle Menschen kamen vor, die ihm lieb waren. „Gertrud" hieß der Roman. Gertrud??? ... Wo weilte sie jetzt? Sie war sicher ein großes, schönes Fräulein, ging ins Theater, und die Studenten nahmen ihr den Mantel ab.

Gellend läutete die Glocke Mittag. Die Dreibeine scharrten und rückten, weißgraue Arme fuhren durch die Luft, und laute Gespräche wirrten ineinander. Die Essenträger kamen, und Ernst holte sich auch seinen Blechnapf aus dem Ständer. Es gab dicke Bohnen, die er gern mochte. Eigentlich hatte er nichts zu klagen. Draußen war Februar; klirrende Kälte knirrschte unter den groben Schuhen wenn man über den Gefängnishof ging. In der Schanze war es mollig warm. Zwar der Gedanke, frei zu sein, weckte auch wohlige Wärme, aber es war doch sehr fraglich, ob diese Wärme lang vorhalten würde, wenn man jetzt frei wäre... Dummheit! Unsinn! Es war schon alles richtig und in Ordnung.

Der Frühling kam. Schreiend und gackernd flogen die ersten Schwalben um das Haus und jagten sich mutwillig immer höher ins Blaue. Die Gefangenen sahen versonnen dem Spiel zu, mancher strich sich das Haar aus der Stirn und atmete schwerer. Ernst Löhner schwang sich beim täglichen Spazierlauf im Gefängnishof über alle Mauern und Dächer beherzt auf einen Vogelrücken und flog selig durch lauter rieselnde, zart erwärmte Luft. Auf jedem Baumast hockte er nieder und zählte die Blätter und Knospen. Bald mußte blühende Zeit kommen.

Auch der Sommer erschien. Sonne nahm die Welt in die glühenden Hände, preßte Mauern und Dächer, daß sie sich zitternd und flimmernd krümmten, und kannte kein Erbarmen in ihrem feurigen Reifewerk. Ernst war tief benommen von der Glut, taumelte heiß durch die Höfe und Gänge und hing jeder Stunde Flügel an, die Zeit zu beschwingen. Sieben Monate seiner Haft waren vergangen; wie ihm vorkam, schnell und ohne Verweilen. Nun schrie Unrast in ihm auf, murrend, drängend, ungestüm. Die Sonne ist ein schlechter Freund des Gefangenen. Jeden Morgen predigte sie mit feurigen Himmelszungen von Freiheit und offenen Straßen, von endlos wogenden Wäldern und von Gebreiten, die ohne Ziel und Schranke sind. Ernst vernahm die Aufrufe täglich und wünschte, Wolken möchten die Sonne verstummen machen. Regnen müßte es, regnen, bis seine Stunde geschlagen hatte, die ersehnte, goldene Stunde der Freiheit und Heimkehr.

Es rang und raufte in Ernst Löhner. Der er war, würgte sich stöhnend ab mit jenem anderen, der er sein wollte. Sie zerrten sich hin und her, schrien und stritten um die arme Seele, die ratlos dazwischen stand, und konnten zu keinem Ende kommen. Auf braunes Packpapier hatte Ernst eine Abrechnung seines Lebens geschrieben. „Die Metamorphose meiner Weltanschauung unter dem Einfluß des Christentums." Das war eine Frucht der Gefängniskirche und des sehr lebhaften, eifervollen Geistlichen, der immer krachend auf die Kanzel schlug, wenn er predigte, und mit deutlichen Worten der weißgrauen Gemeinde das Gesicht in den Spiegel stieß. Der Mann meinte es gewiß zum besten, und daß er nicht in Filzsocken durch das Heiligtum seines Herrn schlich, sondern mit derben, genagelten Bauernschuhen darin umherpolterte, fand Ernst Löhner neu und anregend.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Todessturz eines Artisten. Aus New York wird gemeldet: Der unter dem Namen „Die menschliche Fliege" bekannte Artist Oward Young stürzte, als er an der Außenseite eines Hotels für eine kinematographische Aufnahme in die Höhe kletterte, aus der Höhe des achten Stockwerkes vor vielen Zuschauern ab. Er war sofort tot.

Explosion in der Bahnwerkstätte Linz. Montag vormittags ist in der Bundesbahnwerkstätte der Oberwerkmann Anton Putz durch die Explosion eines neuen Apparates zur Prüfung der Schmierpreßventile der Lokomotiven so schwer verletzt worden, daß er alsbald starb.

Der Frauenüberschuß in Rußland. In Rußland reichen die Geburten von Knaben längst nicht mehr aus, um die Bilanz der Geschlechter ins Gleichgewicht zu bringen. Die Ziffern der Statistik reden in dieser Beziehung eine überzeugende Sprache. Existieren doch in Rußland gegenwärtig neuneinhalb Millionen Frauen, die sich der Möglichkeit beraubt sehen, einen Mann zu finden und sich durch die Ehe versorgen lassen zu können. Die Verhältnisse haben denn auch bereits die Aufmerksamkeit der Engländer und Amerikaner erregt, die, von dem Wunsch beseelt, die Menschenfreundlichkeit mit einem nutzbringenden Zweck zu verbinden, die Frage ernstlich in Erwägung ziehen, sich durch Erleichterung der Einwanderung gute, durch hohe Lohnforderungen noch nicht verwöhnte Dienstboten zu sichern und so mit einem Schlag die brennende Frage der Dienstbotennot zu lösen.

Der Mensch seit einer Million Jahre auf der Erde. Aus Buenos Aires kommt die Nachricht, daß in Patagonien von den dort weilenden amerikanischen Gelehrten Dr. J. G. Wolf eine Ausgrabung gemacht wurde, die dazu angetan ist, über das Alter des Menschen auf der Erde neues Licht zu verbreiten. Es handelt sich um den Fund eines versteinerten Schädels, der nach dem Gutachten des Anthropologen der Columbia-Universität Dr. Franz Boas 500.000 Jahre älter ist als der vor 30 Jahren in Java gefundene Schädel des „Pithecanthropus Erectus", dessen Alter auch auf 500.000 Jahre geschätzt wird, so daß, wenn die Angaben korrekt sind, der heute gefundene Schädel ein Alter von einer Million Jahren hat.

Ausgrabungspause bei Luxor. Wie jetzt offiziell bestätigt wird, ist das bei Luxor entdeckte Grab Tutonkh-Amens jetzt versiegelt worden und bleibt bis zum Herbst verschlossen. Zu dem Zweck hat Howard Carter, der Gehilfe Lord Carnavons, bei den Ausgrabungsarbeiten durch 20 Arbeiter ein luft-, wasser- und diebsicheres Tor um das Grab aufführen lassen, das überdies mit einer Last von Hunderten von Tonnen aufgeschütteter Erde bedeckt wurde. Das Gelände wird von einem Kordon ägyptischer Truppen abgesperrt und bis zum Herbst streng bewacht. Dann sollen die Aufschlußarbeiten wieder aufgenommen werden, wahrscheinlich aber nicht mehr durch die englische Expedition, sondern unter Aufsicht der ägyptischen Regierung, die sich das Recht auf alle Ausgrabungen für ewige Zeiten gesichert hat.

Gerichtssaal.

Die schöne Milada.

Prag, 5. März. 18 Jahre ist sie gerade vorüber, hat drei Gymnasialklassen und die Handelsschule absolviert, spricht fast alle Sprachen des europäischen Kontinents, verkehrt viel in Literatenkreisen und gibt sich als Serbin Milica Radowicz aus. Von einem Beamten hat sie sich drei Bücher und einen Regenmantel ausgeborgt, die Sachen aber nie wieder zurückgegeben. Der Beamte, der die äußerst elegante und seltsam schöne „Serbin" im Baumgarten in Prag kennen lernte, erstattete die Anzeige; man fand Milada in einem Straschnitzer Hotel, wo sie als Milica Radowicz abgestiegen war. — Und heute war der Gerichtssaal voll von Literaten, Journalisten und Kaffeehauspoeten, die zusehen mußten, wie ihre Milada, mit der sie so viele lustige Stunden verlebt hatten, zu einem Monat schweren Kerkers verurteilt wurde. Die „schöne Milada", die ein äußerst begabtes und intelligentes Mädchen ist, wird nach der Strafverbüßung mit Einverständnis ihres Vaters der Heilsarmee übergeben.

Ein tüchtiger Soldat des Prager Korps.

Prag, 5. März. Siegfried Zsamrhel aus Komotau dient in den Wrschowitzer Kasernen in der ehemaligen Vorstadt von Prag. Zsamrhel hat ein schlechtes Ortsgedächtnis und es kam schon oft vor, daß er in Karolinental einen Wachmann gefragt habe, ob er da richtig nach Wrschowitz gehe. Und wenn er denn auf demselben Weg wieder zurückgehen mußte, so wunderte er sich immer, warum denn nicht alle Wege nach Rom führen. So vertrödelte er viel Zeit mit dem „Nach-Hause-finden", obzwar er schon über drei Monate in Prag ist und Prager Kollegen hat. Einmal war Zsamrhel bei einer Tanzunterhaltung irgendwo in Michle draußen. Und als er dann zur Kaserne ging, verfehlte er die Richtung und ging, ging stundenlang über Feldwege, durch Wäldchen und über Hügel, bis er nach mehrstündiger Wanderung im Morgengrauen irgendwo bei — Kladno von einer Wache angehalten wurde, die ihn zurückschaffen ließ. — So erzählt wenigstens Zsamrhel selbst die Historie dieser Nacht. Die Militärgerichtsbarkeit jedoch, die gegen ihn die Anklage wegen Desertion erhoben hat, stellt die Sache ganz anders dar: Zsamrhel habe von seinem Feldwebel einen Urlaub verlangt, da er ein Schweineschlachten bei Verwandten besuchen wollte. Der Feldwebel gab ihm natürlich den Urlaub nicht, da er ja kein Recht dazu hatte und Zsamrhel sei daraufhin abends ohne Urlaubschein weggegangen und habe auf dem Wege zu seinen Verwandten, die in einem kleinen Dorfe hinter Smichow wohnen, den Weg verloren und sei so stundenlang in einer falschen Richtung weitermarschiert. — Das Divisionsgericht fällte heute ein mildes Urteil: Zsamrhel erhielt vierzehn Tage Arrest. Gleichzeitig wurde dem Angeklagten von seinem Verteidiger angeraten, sich einen Orientierungsplan von Prag zu besorgen und möglichst bald einen Kartenlesekurs zu besuchen. Denn wenn er sich schon eine Karte besorgt, so muß er sie wenigstens lesen können.

„Gräfin" Kaunitz und ihr Hausmeister.

Prag, 5. März. Die ehemalige Gräfin Kaunitz besitzt am Masarykkai in Prag ein Haus. An der Wohnungstür der adeligen Hausherrin leuchtet noch immer eine Visitkarte mit „Gräfin Kaunitz", die Wohnparteien kommen mit der „Gnädigen" nie in Berührung, denn dazu ist ja der Hausmeister da, kurzum, es ist noch ein gut adeliges Haus. Elektrisches Licht gibt es in diesem Hause auch nur bei einer Partei, denn zu dessen Einführung ist die Bewilligung der „Frau Gräfin" erforderlich. Diese Partei forderte die Bewilligung an, doch war die „Gnädige" gerade verreist, so daß der Hausmeister die Bewilligung unterschrieb. Er hatte dadurch der Wohnpartei lange Verhandlungen erspart und — sich selbst um den Posten gebracht. Die ob der Eigenmächtigkeit des Hausmeisters in so wichtiger Frage erboste Frau Gräfin gab diesem nämlich die Kündigung und klagte ihn noch wegen Betruges. Da der Hausmeister die Frist zur Erhebung von Einwänden gegen die Kündigung untätig verstreichen ließ, mußte er die Wohnung tatsächlich räumen. Von der Anklage wegen Betruges wurde er heute freigesprochen, da für einen Betrug keine Beweise vorlagen. Die „Frau Gräfin" war durch den Sektionschef aus dem Nationalverteidigungsministerium Dr. Vitek vertreten. — Im Nationalverteidigungsministerium scheinen die Sektionschefs demnach „gewaltige Arbeit" zu haben, wenn sie sich einem solchen Schmarrn widmen können.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Südböhmische Verkehrsfragen. Sonntag fand in Tabor eine große Beratung über Eisenbahnfragen statt, an welcher Vertreter der Bezirke und Städte Südböhmens teilnahmen. Die Versammlung war vom Taborer Stadtrate und dem Taborer Handelsgremium einberufen worden. An der Versamlung nahmen auch Vertreter des Eisenbahnministeriums teil. Nach eingehender Debatte wurde eine Resolution beschlossen, in welcher u. a. folgende Forderungen zum Ausdrucke gebracht werden: Die Strecke Taus—Pisek—Tabor—Iglau—Brünn — Blatzapaß—Trentschin—Teplitz soll dadurch in eine Hauptstrecke umgewandelt werden, daß unverzüglich ein Schnellzugsverkehr eingeführt wird, wodurch die kürzeste und billigste Verbindung der südböhmischen und südmährischen Gegenden mit der Slowakei erreicht wird; die Strecke Tabor—Jung-Woschitz—Blasim—Kuttenberg soll mindestens als Strecke zweiter Ordnung ordentlich ausgebaut werden; die nicht ausgebauten Teile der Strecke im Abschnitte Bechyně—Moldaustein sollen fertiggestellt werden. Die Resolution fordert weiters die Verwirklichung der schon längst bestehenden Projekte kleinerer Lokalbahnen, die Verbesserung des Postwesens, des Telephons und des Telegraphen, den Ausbau der Straßen sowie die Regulierung der Wasserläufe. Die Vertreter des Ministeriums sagten diesen Forderungen des böhmischen Südens jedmögliche Unterstützung zu.

Aus dem Freiwaldauer Industriegebiet. Im Steinindustriegebiet von Saubsdorf belebt sich langsam der Arbeitsmarkt. Dagegen sind die Löhne auf ein Elendsmaß herabgesunken. Schuld daran ist in erster Linie die Spaltungsarbeit der Kommunisten. Die Papier- und Cellulosefabriken in Sandhübel haben den Betrieb zum größten Teil unter Lohnabzügen wieder aufgenommen.

Die Zuckerkampagne. Die Zuckerfabriken gingen im Vorjahre mit einem Vorrat von 50.6 Tonnen Rohzucker in die neue Kampagne. Erzeugt wurden während der Kampagne 716.378 Tonnen, zusammen also 722.284 Tonnen. Davon wurden vorläufig im Inland verbraucht 149.818, nach dem Ausland exportiert 116.582 Tonnen, zusammen also 310.400 Tonnen. Der Vorrat betrug Ende Jänner — auf diese Zeit bezieht sich die angeführte Statistik — 411.884 Tonnen. Die verarbeitende Rübenmenge betrug 4,385.186 Tonnen.

Genossenschaftliche Bildungsarbeit. Der Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften Prag veranstaltet eine Schule für Verkaufsstellen-Inspektoren, die vom Montag den 26. Feber 1923 bis Samstag den 3. März 1923 bei der Großeinkaufsgesellschaft in Prag stattfindet. Ihr Zweck ist die Ertüchtigung der bereits als Inspektoren tätigen Genossen hinsichtlich ihrer theoretischen und praktischen Kenntnisse. Als Lehrgegenstände sind in den Unterrichtsplan aufgenommen: 1. Geschichte, Wesen und Stand der Genossenschaftsbewegung. 2. Geschichte und Stand des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften und der Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine in Prag. 3. Allgemeine Warenkunde: a) Kolonialprodukte, b) Landesprodukte, c) Textilien, d) Schuh- und Lederwaren, e) chemische Artikel, f) chemische Analysen 4. Nahrungsmittelgesetzgebung. 5. Verhältnis der konsumgenossenschaftlichen Verteilungsstelle zum Privathandel. 6. Konsumgenossenschaftliche Propaganda. 7. Verteilungsstellenorganisation 8. Administrative der konsumgenossenschaftlichen Verteilungsstellen. 9. Die Pflichten des Verteilungsstelleninspektors. 10. Die Pflichten des Verteilungsstellenpersonals. 11. Der Verteilungsstelleninspektor als Referent. 12. Seine Tätigkeit im Mitgliederausschuß. 13. Genossenschaftliches Versicherungswesen. Als Vortragende sind die bereits in den früheren Lehrerschulen tätigen Genossenschafter Lorenz, Dietl, Kreisky, Svojse, Preibisch, Pollak, Proksch, Fink, Dr. Schenk, Jelinek, Deutsch, Witti vorgesehen.

Sinken der deutschen Großhandelspreise. Zum erstenmal seit dem Jahre 1921 zeigt der von der „Frankfurter Zeitung" errechnete Großhandelsindex für Anfang März 1923 gegenüber dem Vormonat einen Rückgang. Allerdings ist der Rückgang perzentuell nur ein geringer Bruchteil der Steigerung des vergangenen Monats, ganz zu schweigen von der Entwicklung der nahezu zweijährigen ununterbrochenen Aufwärtsbewegung. Wenn man den Großhandelsindex für Juli 1914 mit ein ammimmt, betrug dieser im Feber 1923 7159, dagegen im März 6770. Immerhin bedeutet dies gegenüber Jänner 1923, da der Index 2054 betrug, eine Verdreifachung der Preise.

Züricher Schlußkurse.

	Geld	Ware
Paris	32.57'50	—'—
London	25.16'00	—'—
Berlin	00.23'06	—'—
Mailand	25.55'00	—'—
Holland	211'60	—'—
Wien	0.0074'75	—'—
Budapest	0.17'75	—'—
Prag	15.84'50	—'—
New York	5.35.00	—'—
Belgrad	5.90'00	—'—
Warschau	0.00'12	—'—
Wien neu	0.00'00	—'—

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1355.00	1359.00
10.000 Mark	14'87.50	15'87.50
100 belg. Franks	183.25	184.75
100 schweiz. Frank	641.75	644.25
1 Pfund Sterling	160.875	162.375
100 Lire	165.25	166.75
1 Dollar	34'10.00	34'50.00
100 franz. Franks	209.25	210.75
100 Dinar	39'75.00	40'25.00
100.00 magyar. Kronen	117.25	121.25
10.000 poln. Mark	737.50	837.50
10.000 österr. Kronen	4'60.00	5.10'00

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 15'84.25
Berlin	Mark 670.00
Wien	österr. Kr. 2115

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Neudek. Bei der am Sonntag in Neudek stattgefundenen Bezirkskonferenz waren 51 Delegierte der Lokalorganisationen, weiter Delegierte der Kleinbauern- und Jugendorganisation, der Arbeitersänger und des Frauenbezirkskomitees anwesend. Für die Kreisvertretung Karlsbad war Genosse De Witte erschienen. Aus dem Kassabericht ist zu ersehen, daß im Neudeker Bezirke im letzten Berichtsjahre 1210 neue Mitgliedskarten ausgestellt und 25.737 Mitgliedskarten bezahlt wurden. Genosse Lorenz berichtete über 88 behördliche Interventionen und über die Tätigkeit des Bezirkssekretariates, das zu 91 Versammlungen Referenten entsendet hatte. Genosse De Witte wies in seinem Vortrag über die Bedeutung der Presse darauf hin, daß eine rege Agitation für den „Volkswillen" überall einsetzen und daß die lokale Berichterstattung verbessert werden müsse. Nach einer Debatte wurden dann zum Punkte Organisation einige Anträge angenommen, die sich mit dem Ausbau des Vertrauensmannsystems, der Organisierung der Frauen und der Jugend befaßten. Die Konferenz beschloß sodann, die Beschlüsse des Reichsausschusses genau durchzuführen und wählte in die neue Bezirksleitung: als Bezirksvertrauensmann den Genossen Winterstein, als Kassier den Genossen Pucher und das Frauenbezirkskomitee. Hierauf wurde die Konferenz mit einem Appell des Vorsitzenden an die Delegierten, im neuen Arbeitsjahre mit demselben Eifer für die Partei zu arbeiten, geschlossen.

Bezirkskonferenz in Freiwaldau. Sonntag, den 11. März findet im Deutschen Haus in Freiwaldau um 10 Uhr vormittags eine Bezirkskonferenz mit nachstehender Tagesordnung statt: Berichte, Werbung für Presse und Partei, Politische Lage (Referent Abg. Genosse Jokl), Vorbereitung der Gemeindewahlen und Verschiedenes.

Stadt- und Dorfgemeinde fordern

die Beantwortung einer Unmenge von Verwaltungsfragen. **Noacks Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der

Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau
Theresiengasse 18.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

Berson
ist und bleibt stets
die **Qualitätsmarke**

Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von
Berson Gummi-Absätzen und **Gummi-Sohlen**
Berson schont die Schuhe, ist billiger und dauerhafter als Leder

1448

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Mittwoch, Gastspiel Richard Kubla „Der Evangelimann"; morgen, Donnerstag „Der Widerspenstigen Zähmung".

Kleine Bühne. Heute, Mittwoch „Die kleine Sünderin"; morgen, Donnerstag, und Sonntag abends „Es"; Samstag abends und Sonntag nachmittags der unterhaltsame Schulschwank „Extemporale"; Freitag Verbandsvorstellung „Ingeborg".

Arbeitervorstellung, Gastspiel Kubla, „Der Zigeunerbaron". Sonntag nachmittags halb 3 Uhr, Neues Theater. Karten bei Optiker Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch,** Prag,
Graben 25, Kl. Bazar.
189

Verbreitet den „Sozialdemokrat".

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten

Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.
Großdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkasse Nr. 127.843

1001